

Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 18/2019

27. November 2019

Inhaltsverzeichnis

Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen E-Government-Gesetzes vom 8. November 2019	718	Verordnung der Landesdirektion Sachsen über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in Zwickau (Sperrbezirksverordnung Zwickau) vom 5. November 2019.....	743
Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (Sächsisches E-Government-Gesetz – SächsEGovG)	719	Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Aufhebung der Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in der Stadt Hoyerswerda vom 7. November 2019	746
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Aufteilung der Schlüsselmassen nach § 4 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2020 (Schlüsselmassenverordnung 2020) vom 9. Oktober 2019	727	Verordnung des Landratsamtes Nordsachsen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Endmoränenlandschaft zwischen Taucha und Eilenburg“ vom 26. September 2019	747
Einundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts- und Rechenzentrums-Zuständigkeitsverordnung vom 25. Oktober 2019	728	Verordnung des Landratsamtes Görlitz zur Erklärung von geologischen Naturdenkmälern im Landkreis Görlitz (VO geol ND) vom 10. Oktober 2019	748
Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schülermitwirkungsverordnung vom 25. Oktober 2019	729	Bekanntmachung des Präsidenten des Sächsischen Landtages über die Anpassung des Zuschusses zur Einrichtung eines Abgeordnetenbüros nach § 6 Absatz 7 des Abgeordnetengesetzes vom 23. Oktober 2019	756
Polzeiverordnung der Landesdirektion Sachsen zur Verhütung von Gefahren durch unbemannte Fluglaternen (Fluglaternenverordnung) vom 15. Oktober 2019	731		
Verordnung der Landesdirektion Sachsen über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in Leipzig (Sperrbezirksverordnung Leipzig) vom 5. November 2019 ...	732		

Bekanntmachung der Neufassung des Sächsischen E-Government-Gesetzes Vom 8. November 2019

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 2. August 2019 (SächsGVBl. S. 630) wird nachstehend der Wortlaut des E-Government-Gesetzes in der seit dem 31. August 2019 geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. den teils am 9. August 2014, teils am 1. August 2016 sowie teils am 1. August 2018 in Kraft getretenen Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juli 2014 (SächsGVBl. S. 398),
2. den am 25. November 2014 in Kraft getretenen Artikel 1 der Verordnung vom 4. April 2015 (SächsGVBl. S. 374),
3. den am 25. Mai 2018 in Kraft getretenen Artikel 9 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198),
4. den am 27. April 2019 in Kraft getretenen Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245),
5. den teils am 22. Juni 2019 in Kraft getretenen, teils am 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 422),
6. den am 31. August 2019 in Kraft getretenen Artikel 2 des eingangs genannten Gesetzes (SächsGVBl. S. 630).

Dresden, den 8. November 2019

Der Chef der Staatskanzlei und
Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Oliver Schenk

Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (Sächsisches E-Government-Gesetz – SächsEGovG)¹

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1 Allgemeine Regelungen

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Elektronische Kommunikation
- § 2a Elektronische Verwaltungsverfahren
- § 3 Elektronische Zahlungsverfahren
- § 3a Elektronischer Rechnungsempfang
- § 4 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter
- § 5 Datenschutz
- § 6 Barrierefreiheit
- § 7 Georeferenzierung

Abschnitt 2 Regelungen für die staatlichen Behörden

- § 8 Bereitstellung von Daten
- § 9 Interoperabilität
- § 10 Basiskomponenten
- § 11 Datenübermittlung
- § 11a Serviceportal Amt24
- § 12 Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung
- § 12a Optimierung von Verwaltungsabläufen
- § 12b Einheitliche Standards

Abschnitt 3 Regelungen für die Träger der Selbstverwaltung

- § 13 Interoperabilität
- § 13a Bereitstellung von Daten
- § 14 Basiskomponenten, Einheitliche Standards
- § 15 Datenübermittlung
- § 15a Serviceportal Amt24
- § 16 Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung

Abschnitt 4 Organisation

- § 17 Zentrale Einrichtungen des Freistaates Sachsen
- § 18 IT-Kooperationsrat

Abschnitt 5 Schlussvorschriften

- § 19 Verhältnis zu anderen Vorschriften
- § 20 Experimentierklausel
- § 21 Evaluierung
- § 22 Einschränkung eines Grundrechtes

Abschnitt 1 Allgemeine Regelungen

§ 1 Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die elektronisch unterstützte öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und rechtsfähigen Stiftungen des öffentlichen Rechts (Träger der Selbstverwaltung). Auf Beliehene finden die Vorschriften dieses Gesetzes für die Träger der Selbstverwaltung Anwendung.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für die Tätigkeit des Mitteldeutschen Rundfunks sowie der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und der Sachsen-Finanzgruppe.

(3) Für die Tätigkeit der Gerichtsverwaltungen und der Behörden der Justizverwaltung einschließlich der ihrer Aufsicht unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt dieses Gesetz nur, soweit die Tätigkeit der Nachprüfung durch die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit oder durch die in verwaltungsrechtlichen Anwalts-, Patentanwalts- und Notarsachen zuständigen Gerichte unterliegt.

(4) § 3a gilt abweichend von den Absätzen 1 bis 3 für Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1151) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit für die Nachprüfung der Vergabeverfahren die Vergabekammer des Freistaates Sachsen oder gemäß § 159 Absatz 1 Nummer 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Vergabekammer des Bundes zuständig sein würde.

§ 2 Elektronische Kommunikation

(1) Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung müssen auch die elektronische Kommunikation ermöglichen. Beliehene sind von dieser Verpflichtung ausgenommen, soweit die elektronische Kommunikation für die ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Verwaltungsaufgaben nicht erforderlich ist. Für die elektronische Kommunikation sind Verschlüsselungsverfahren anzubieten und grundsätzlich anzuwenden.

(2) Die Übermittlung elektronischer Dokumente unter Wahrung der für den Freistaat Sachsen verbindlichen Voraussetzungen in

1. § 3a Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639)

¹ § 3a dieses Gesetzes dient der Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen (ABl. L 133 vom 6.5.2014, S. 1).

geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

2. § 36a Absatz 2 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch – Allgemeiner Teil – (Artikel I des Gesetzes vom 11. Dezember 1975, BGBl. I S. 3015), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. August 2017 (BGBl. I S. 3214) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
3. § 87a Absatz 3, 4 und 6 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

für die Ersetzung der Schriftform ist durch die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung im Rahmen der Kommunikation nach Absatz 1 unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung zu ermöglichen, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen. Für Änderungen der Möglichkeiten der Schriftformersetzung, die nach dem 8. August 2014 verkündet werden, gilt die Pflicht aus Satz 1; diese ist innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der bundesrechtlichen Vorschrift umzusetzen. Die für die Übermittlung elektronischer Dokumente erforderlichen Informationen sind über die von den Behörden und Verwaltungseinrichtungen im Freistaat Sachsen jeweils genutzten öffentlich zugänglichen Netze zur Verfügung zu stellen.

(3) Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung kommunizieren untereinander elektronisch, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen.

(4) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Umsetzung der §§ 7 bis 9 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Februar 2018 (BGBl. I S. 200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere die Zuständigkeit und das Verfahren zur Prüfung der Identität der Behörden, zu regeln.

§ 2a

Elektronische Verwaltungsverfahren

(1) Wird ein Verwaltungsverfahren elektronisch durchgeführt, können die vorzulegenden Nachweise elektronisch eingereicht werden, es sei denn, dass durch Rechtsvorschrift etwas anderes bestimmt ist oder die Behörde für bestimmte Verfahren oder im Einzelfall die Vorlage eines Originals oder einer beglaubigten Abschrift in anderer als elektronischer Form verlangt. Die Behörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen, welche Art der elektronischen Einreichung sie für die Ermittlung des Sachverhaltes zulässt.

(2) Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung können erforderliche Nachweise, die von einer öffentlichen Stelle im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, L 314 vom 22.11.2016, S. 72, L 127 vom 23.5.2018, S. 2), in der jeweils geltenden Fassung, stammen, mit der Einwilligung der betroffenen Person im Sinne von Artikel 7 der Verordnung (EU) 2016/679 direkt bei

der ausstellenden öffentlichen Stelle elektronisch einholen. Satz 1 gilt entsprechend, soweit die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit elektronisch unterstützt ausgeführt wird.

(3) Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung sollen bei der Einführung oder wesentlichen Änderung elektronischer Verwaltungsverfahren

1. erforderliche Zahlungsverfahren vollständig medienbruchfrei integrieren und
2. die Abläufe so gestalten, dass Informationen zum Verfahrensstand und zum weiteren Verfahren sowie die Kontaktinformationen der zum Zeitpunkt der Anfrage zuständigen Ansprechstelle auf elektronischem Weg abgerufen werden können.

Satz 1 Nummer 1 gilt für staatliche Behörden entsprechend für Zahlungsvorgänge in sonstigen elektronischen Verfahren, bei denen Entgelte für Leistungen der Verwaltung zu entrichten sind.

(4) Ist durch Rechtsvorschrift die Verwendung eines bestimmten Formulars vorgeschrieben, das ein Unterschriftsfeld vorsieht, wird allein dadurch nicht die Anordnung der Schriftform bewirkt. Bei einer für die elektronische Versendung an die Behörde bestimmten Fassung des Formulars entfällt das Unterschriftsfeld.

(5) Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung bieten in elektronischen Verwaltungsverfahren, in denen sie die Identität einer natürlichen oder juristischen Person aufgrund einer Rechtsvorschrift festzustellen haben oder aus anderen Gründen eine Identifizierung für notwendig erachten, elektronische Identitätsnachweise mit elektronischen Identifizierungsmitteln nach Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73, L 23 vom 29.1.2015, S. 19, L 155 vom 14.6.2016, S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Juli 2018 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, an. In Verwaltungsverfahren bei den Trägern der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen kann anstelle des elektronischen Identitätsnachweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes vom 18. Juni 2009 (BGBl. I S. 1346), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der elektronische Heilberufsausweis treten.²

§ 3

Elektronische Zahlungsverfahren

Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung müssen elektronische Zahlungen ermöglichen.

§ 3a

Elektronischer Rechnungsempfang

(1) Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen stellen, soweit für die Nachprüfung der Vergabeverfahren die Vergabekammer des Freistaates Sachsen oder gemäß § 159 Absatz 1 Nummer 5 des

² § 2a Absatz 5 tritt entsprechend Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 422) am 1. Januar 2020 in Kraft.

Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Vergabekammer des Bundes zuständig sein würde, den Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen ab dem 18. April 2020 sicher, wenn der geschätzte Auftrags- oder Vertragswert ohne Umsatzsteuer die in § 106 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen festgelegten Schwellenwerte erreicht oder überschreitet. Satz 1 gilt für die staatlichen Behörden unabhängig von der Überschreitung der in § 106 Absatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen festgelegten Schwellenwerte. Vertragliche Regelungen, die die elektronische Rechnungsstellung vorschreiben, bleiben unberührt.

- (2) Eine Rechnung ist elektronisch, wenn
1. sie in einem strukturierten elektronischen Format ausgestellt, übermittelt und empfangen wird sowie
 2. das Format die automatische und elektronische Verarbeitung der Rechnung ermöglicht.

(3) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung besondere Vorschriften zur Ausgestaltung des elektronischen Rechnungverkehrs zu erlassen. Die Rechtsverordnung kann insbesondere Regelungen enthalten zu:

1. der Art und Weise der Verarbeitung der elektronischen Rechnung,
2. den Anforderungen an die elektronische Rechnungsstellung, insbesondere an die von den elektronischen Rechnungen zu erfüllenden Voraussetzungen für den Schutz personenbezogener Daten, das zu verwendende Rechnungsdatenmodell sowie die Verbindlichkeit der elektronischen Form für Rechnungen an alle Stellen, die dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes unterliegen,
3. der Befugnis von Auftraggebern im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in Ausschreibungsbedingungen die Erteilung elektronischer Rechnungen vorzusehen sowie
4. Ausnahmen für sicherheitsspezifische Aufträge.

§ 4

Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter

(1) Eine durch Rechtsvorschrift bestimmte Pflicht zur Publikation in einem amtlichen Mitteilungs- oder Verkündungsblatt kann unbeschadet des Artikels 76 Absatz 1 und 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen zusätzlich oder ausschließlich durch eine elektronische Ausgabe erfüllt werden, wenn diese über öffentlich zugängliche Netze angeboten wird.

(2) Jede Person muss einen angemessenen Zugang zu der Publikation haben. Es ist sicherzustellen, dass die gemäß Absatz 1 elektronisch publizierten Inhalte allgemein und dauerhaft zugänglich sind sowie eine Veränderung des Inhalts ausgeschlossen ist. Bei gleichzeitiger Publikation in elektronischer und papiergebundener Form hat die herausgebende Stelle eine Regelung zu treffen, welche Form als die authentische anzusehen ist. Gibt es nur eine elektronische Ausgabe, ist dies auf geeignete Weise in öffentlich zugänglichen Netzen bekannt zu machen. Gibt es nur eine elektronische Ausgabe oder ist die elektronische Form die authentische, muss die Möglichkeit bestehen, Ausdrucke zu bestellen oder in öffentlichen Einrichtungen auf die Publikation zuzugreifen.

§ 5

Datenschutz

Die Regelungen der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, L 314 vom 22.11.2016, S. 72, L 127 vom 23.5.2018, S. 2), in der jeweils geltenden Fassung, des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198, 199), in der jeweils geltenden Fassung, und andere spezielle Vorschriften über den Datenschutz bleiben unberührt.

§ 6

Barrierefreiheit

Die staatlichen Behörden und die Träger der Selbstverwaltung gestalten die elektronische Kommunikation und elektronische Dokumente schrittweise so, dass sie auch von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich uneingeschränkt und barrierefrei im Sinne von § 3 des Sächsischen Integrationsgesetzes vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 196, 197), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 14. Juli 2005 (SächsGVBl. S. 167) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, genutzt werden können.

§ 7

Georeferenzierung

(1) Wird ein elektronisches Register, welches Angaben mit indirektem Raumbezug, insbesondere zu Flurstücken, Adressen oder durch Rechtsvorschrift definierten Gebieten enthält, neu aufgebaut oder überarbeitet, hat die Behörde in das Register zur jeweiligen Angabe zusätzlich eine Georeferenzierung aufzunehmen.

(2) Register im Sinne dieses Gesetzes sind solche, für die Daten aufgrund von Rechtsvorschriften des Freistaates Sachsen erhoben oder gespeichert werden; dies können öffentliche und nichtöffentliche Register sein.

Abschnitt 2

Regelungen für die staatlichen Behörden

§ 8

Bereitstellung von Daten

(1) Die staatlichen Behörden stellen Daten, die sie nach dem 21. Juni 2019 zur Erfüllung ihrer Aufgaben erheben oder durch Dritte erheben lassen, zum Datenabruf über öffentlich zugängliche Netze bereit, soweit nicht andere Rechtsvorschriften entgegenstehende Bestimmungen enthalten. Ein Anspruch auf Bereitstellung der Daten wird hierdurch nicht begründet. Daten im Sinne des Satzes 1 sind vollständige, elektronisch vorliegende, identifizierbare Sammlungen von Aufzeichnungen, die

1. inhaltlich strukturiert vorliegen, insbesondere in Tabellen- oder Listenform,
2. unabhängig von Bedeutung, Interpretation und Kontext ausschließlich Fakten oder infolge einer Bearbeitung nach der Erhebung Deutungen enthalten, von denen zu erwarten ist, dass ein Nutzungsinteresse, insbesondere ein Weiterverwendungsinteresse nach § 2 Nummer 3 des Informationsweiterwendungsgesetzes vom 13. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2913), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2015 (BGBl. I S. 1162) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, besteht,
3. nicht das Ergebnis einer Bearbeitung vor der Erhebung sind und
4. außerhalb der Behörde liegende Verhältnisse betreffen.

Für Daten, die vor dem 22. Juni 2019 erhoben wurden, gilt die Verpflichtung nach Satz 1 nur, soweit diese Daten nach dem 21. Juni 2019 zur Aufgabenerfüllung verwendet werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 müssen die Daten nicht bereitgestellt werden, wenn

1. an den Daten kein oder nur ein eingeschränktes Zugangsrecht besteht oder ein Zugangsrecht erst nach der Beteiligung Dritter bestünde,
2. die Daten ohne Auftrag der Behörde von Dritten erstellt und ihr ohne rechtliche Verpflichtung übermittelt werden oder
3. die Daten bereits über öffentlich zugängliche Netze entgeltfrei bereitgestellt werden.

(3) Die Bereitstellung der Daten nach Absatz 1 Satz 1 erfolgt unverzüglich nach der Erhebung, sofern der Zweck der Erhebung dadurch nicht beeinträchtigt wird, andernfalls unverzüglich nach Wegfall der Beeinträchtigung. Ist aus technischen oder sonstigen gewichtigen Gründen eine unverzügliche Bereitstellung nicht möglich, sind die Daten unverzüglich nach Wegfall dieser Gründe bereitzustellen. Die staatlichen Behörden stellen die Daten nach Absatz 1 Satz 1 spätestens zwölf Monate nach dem 21. Juni 2019 erstmals bereit. Erfordert die Bereitstellung der Daten erhebliche technische Anpassungen und ist sie deshalb innerhalb des in Satz 3 genannten Zeitraums nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich, verlängert sich der Zeitraum für die erstmalige Bereitstellung der Daten auf bis zu zwei Jahre. Im Fall des Satzes 4 müssen bei der erstmaligen Bereitstellung nur die aktuellen Daten bereitgestellt werden.

(4) Soweit durch Rechtsvorschrift nichts Abweichendes geregelt ist, muss der Abruf von Daten nach Absatz 1 Satz 1 entgeltfrei und zur möglichst uneingeschränkten Weiterverwendung der Daten durch jedermann ermöglicht werden. Der Abruf von Daten nach Absatz 1 Satz 1 soll jederzeit, ohne verpflichtende Registrierung und ohne Begründung möglich sein.

(5) Die staatlichen Behörden sollen die Anforderungen an die Bereitstellung von Daten nach Absatz 1 Satz 1 bereits frühzeitig berücksichtigen bei:

1. der Optimierung von Verwaltungsabläufen gemäß § 12a,
2. dem Abschluss von vertraglichen Regelungen zur Erhebung oder Verarbeitung der Daten sowie
3. der Beschaffung von informationstechnischen Systemen für die Speicherung und Verarbeitung der Daten.

(6) Die staatlichen Behörden sind nicht verpflichtet, die bereitzustellenden Daten auf Richtigkeit, Vollständigkeit und Plausibilität oder in sonstiger Weise zu prüfen.

(7) Stellen staatliche Behörden über öffentlich zugängliche Netze Daten zur Verfügung, sind grundsätzlich maschinenlesbare Formate zu verwenden. Ein Format ist maschinenlesbar, wenn die enthaltenen Daten durch Software automatisiert ausgelesen und verarbeitet werden können. Regelungen in anderen Rechtsvorschriften über technische Formate, in denen Daten verfügbar zu machen sind, gehen vor, soweit sie Maschinenlesbarkeit gewährleisten. Die Daten sind mit Informationen zu versehen, die insbesondere Inhalte, Eigenschaften, Quellen und Nutzungsbestimmungen der Daten beschreiben und es ermöglichen, die Daten zu ermitteln, in Verzeichnisse aufzunehmen und zu nutzen (Metadaten). Der Freistaat Sachsen ermöglicht die kostenfreie, anonyme und zentrale Recherche in den Metadaten über öffentlich zugängliche Netze über die Internetadresse opendata.sachsen.de. Die Sätze 1 bis 5 gelten für Daten, die

vor dem 1. September 2014 erstellt wurden, nur, wenn sie in maschinenlesbaren Formaten vorliegen.

(8) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen für die Erfassung, Pflege und Bereitstellung von Metadaten sowie für die Nutzung der Daten nach Absatz 1 festzulegen. Die Nutzungsbestimmungen sollen die kommerzielle und nichtkommerzielle Nutzung abdecken. Sie sollen insbesondere den Umfang der Nutzung und die Nutzungsbedingungen regeln.

§ 9 Interoperabilität

Die staatlichen Behörden haben die informationstechnischen Systeme zur Unterstützung ihrer Verwaltungsabläufe vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel so auszugestalten, dass ein medienbruchfreier Datenaustausch (Interoperabilität) zwischen ihnen ermöglicht und die Interoperabilität im Verhältnis zu anderen Verwaltungsebenen gefördert wird.

§ 10 Basiskomponenten

(1) Basiskomponenten sind durch den Freistaat Sachsen zentral bereitgestellte E-Government-Anwendungen, die der fachunabhängigen oder fachübergreifenden Unterstützung der Verwaltungstätigkeit dienen. Mit Basiskomponenten dürfen mit Einwilligung des Nutzers Stamm-, Verfahrens- und Kommunikationsdaten sowie elektronische Dokumente zur Verwendung in anderen E-Government-Anwendungen und von anderen E-Government-Anwendungen öffentlicher Stellen im räumlichen Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/679 verarbeitet werden. Die Konzeption und die Entwicklung sowie die Pflege, der Betrieb und die Weiterentwicklung der Basiskomponenten erfolgen durch die Staatskanzlei. Für Basiskomponenten zur Nutzung von Geodaten gemäß § 2 Absatz 1 des Sächsischen Geodateninfrastrukturgesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 134), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Oktober 2016 (SächsGVBl. S. 507) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, erfolgen die Konzeption und Entwicklung sowie die Pflege und Weiterentwicklung durch das Staatsministerium des Innern. Für Basiskomponenten zur Unterstützung von Zahlungs- und Abrechnungsvorgängen erfüllt die Staatskanzlei die Aufgaben nach Satz 3 im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

(2) Die staatlichen Behörden, die sich für die Unterstützung ihrer Verwaltungsabläufe durch informationstechnische Systeme entschieden haben, sind verpflichtet, bei der Einführung neuer informationstechnischer Systeme und bei wesentlichen Änderungen der eingesetzten informationstechnischen Systeme die hierfür einsetzbaren Basiskomponenten zu nutzen. Dies gilt nicht, soweit durch die Nutzung einer Basiskomponente entgegenstehende Verpflichtungen des Freistaates Sachsen verletzt würden, die vor der Verkündung dieses Gesetzes und mit Zustimmung der Staatsregierung begründet wurden. Auf Antrag kann die Staatskanzlei Ausnahmen von der Nutzungspflicht nach Satz 1 zulassen. Anderen, nicht zu ihrer Nutzung verpflichteten Behörden kann der Freistaat Sachsen Basiskomponenten zur Verfügung stellen.

(3) Die staatlichen Behörden sind verpflichtet, diejenigen Daten elektronisch zur Verfügung zu stellen und mindestens einmal jährlich zu aktualisieren, die für den Betrieb der im Freistaat Sachsen als Zuständigkeitsfinder

eingesetzten Basiskomponente notwendig sind. Zu diesen Daten zählen insbesondere die Stammdaten der jeweiligen Behörde und elektronische Verweisungen auf die von der jeweiligen Behörde über öffentlich zugängliche Netze angebotenen Verwaltungsleistungen im Sinne von § 2 Absatz 3 des Onlinezugangsgesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3138), in der jeweils geltenden Fassung, und auf die bereitgestellten elektronischen Formulare. Die Verpflichtung nach den Sätzen 1 und 2 gilt als erfüllt, wenn die an den Zuständigkeitsfinder zu liefernden Daten mit Einwilligung der Staatskanzlei aus Datenbanken über Schnittstellen der als Zuständigkeitsfinder eingesetzten Basiskomponente zur Verfügung gestellt und aktualisiert werden.

(4) Die Staatsregierung bestimmt vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel die Basiskomponenten im Sinne von Absatz 1 Satz 1 und 2 durch Rechtsverordnung abschließend. Sie kann in dieser Rechtsverordnung für die Verpflichtung zur Nutzung nach Absatz 2 Satz 1 Übergangsfristen festlegen und berücksichtigt dabei insbesondere den Bestand der vor Inkrafttreten dieses Gesetzes durch den Freistaat Sachsen eingesetzten informationstechnischen Systeme. Die Staatsregierung wird ferner ermächtigt, die Ausgestaltung einzelner Basiskomponenten jeweils durch Rechtsverordnung zu regeln. Die Rechtsverordnung nach Satz 3 kann insbesondere Regelungen enthalten über

1. die Daten, die gemäß Absatz 3 für den Betrieb des im Freistaat Sachsen eingesetzten Zuständigkeitsfinders notwendig und daher von den staatlichen Behörden zu übermitteln sind,
2. Interoperabilitäts- und Informationssicherheitsstandards,
3. die technischen Voraussetzungen zur Verwendung der sorbischen Sprache sowie
4. die von der konkreten Basiskomponente zu verarbeitenden personenbezogenen Daten.

§ 11

Datenübermittlung

Die elektronische Übermittlung von Daten in einer zur dauerhaften Wiedergabe geeigneten Form (elektronische Datenübermittlung) zwischen den staatlichen Behörden ist über ein informationstechnisches Netz zu führen, das deren informationstechnische Netze verbindet (Sächsisches Verwaltungsnetz).

§ 11a

Serviceportal Amt24

(1) Das Serviceportal Amt24 ist das Verwaltungsportal des Freistaates Sachsen. Es wird von der Staatskanzlei bereitgestellt. Die staatlichen Behörden nutzen das Serviceportal Amt24, um ihre Verwaltungsleistungen nach Maßgabe des Onlinezugangsgesetzes elektronisch anzubieten und ihre Aufgaben nach diesem Gesetz zu erfüllen.

(2) Das Serviceportal Amt24 stellt gemäß § 3 Absatz 2 des Onlinezugangsgesetzes Nutzerkonten bereit, über die sich Nutzer für die im Portalverbund verfügbaren elektronischen Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern einheitlich identifizieren können. Der Nachweis der Identität des Nutzers eines Nutzerkontos kann auf unterschiedlichen Vertrauensniveaus erfolgen und muss die Verwendung des für das jeweilige Verwaltungungsverfahren erforderlichen Vertrauensniveaus ermöglichen. Die besonderen Anforderungen der einzelnen Verwaltungsleistungen an die Identifizierung ihrer Nutzer sind zu berücksichtigen.

(3) Der Nutzer eines Nutzerkontos nach Absatz 2 Satz 1 eröffnet einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente nach § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 3a Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, indem er über sein Nutzerkonto entweder für das jeweilige elektronische Verwaltungungsverfahren einen Antrag stellt oder mit der Behörde in Kontakt tritt. Darauf ist der Nutzer bei der Einrichtung des Nutzerkontos hinzuweisen.

(4) Die Staatsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Ausgestaltung und Nutzung des Serviceportals Amt24 näher zu bestimmen. Die Rechtsverordnung kann insbesondere Regelungen enthalten zu:

1. Betrieb und Pflege,
2. der Umsetzung der Verpflichtung, mit den Verwaltungsportalen des Bundes und der Länder einen Portalverbund zu bilden,
3. der Verwendung von Basiskomponenten, Standards, Schnittstellen und Sicherheitsvorgaben für die Anbindung an das Serviceportal Amt24 und die Abwicklung von Verwaltungsleistungen im Serviceportal Amt24, soweit sie nicht durch Bundesrecht abschließend geregelt sind,
4. der Bestimmung der für Nutzerkonten zuständigen und datenschutzrechtlich verantwortlichen Stellen sowie
5. den von den Stellen nach Nummer 4 verarbeiteten personenbezogenen Daten.

(5) Die für die Abwicklung von Verwaltungsleistungen zuständige Behörde kann mit Einwilligung des Nutzers die erforderlichen Daten aus dem Nutzerkonto elektronisch abrufen.

§ 12

Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung

(1) Die staatlichen Behörden sollen, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen und vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel, die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung einsetzen. Hierbei sind die Grundsätze ordnungsgemäßer Aktenführung und ordnungsmäßiger Aufbewahrung zu beachten.

(2) Zwischen staatlichen Behörden, die die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung einsetzen, sollen, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen und vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel, Akten und sonstige Daten elektronisch übermittelt werden.

(3) Soweit ein Recht auf Akteneinsicht besteht, können die staatlichen Behörden, die Akten elektronisch führen, Akteneinsicht insbesondere dadurch gewähren, dass sie einen Aktenausdruck zur Verfügung stellen, die elektronischen Dokumente auf einem Bildschirm wiedergeben, elektronische Dokumente übermitteln oder den elektronischen Zugriff auf den Inhalt der Akten gestatten.

(4) Wird die Akte elektronisch geführt, sind in Papierform vorliegende Schriftstücke und sonstige Unterlagen nach dem Stand der Technik zur Ersetzung des Originals in elektronische Dokumente zu übertragen. Es ist sicherzustellen, dass die elektronischen Dokumente mit den vorliegenden Schriftstücken und sonstigen Unterlagen bildlich und inhaltlich übereinstimmen. Jedes elektronische Dokument ist mit einem Nachweis zu versehen, der die Übereinstimmung mit dem Original dokumentiert und durch den nachvollzogen werden kann, wann, durch wen und mit welchem Verfahren die Übertragung erfolgt ist. Handelt es sich bei dem zu

übertragenden Schriftstück um eine öffentliche Urkunde, ist der Übertragungsnachweis mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen. Originale sollen vernichtet werden, wenn sie nicht zurückzugeben sind oder deren Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht notwendig ist. Die Vernichtung der Originalunterlagen eines Verwaltungsverfahrens hat spätestens mit Unanfechtbarkeit der Verwaltungsentscheidung zu erfolgen, soweit eine weitere Aufbewahrung aus rechtlichen Gründen nicht mehr erforderlich ist.

(5) Soweit es zur Erhaltung der Lesbarkeit erforderlich ist, können elektronisch gespeicherte Akten oder Aktenteile in ein anderes elektronisches Format überführt werden. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(6) Verfahren zur elektronischen Vorgangsbearbeitung und Aktenführung sind technisch so zu gestalten, dass sie auch von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich uneingeschränkt genutzt werden können.

§ 12a

Optimierung von Verwaltungsabläufen

(1) Interne Verwaltungsabläufe der staatlichen Behörden sollen in elektronischer Form abgewickelt werden, soweit nicht andere Rechtsvorschriften entgegenstehen.

(2) Die staatlichen Behörden sollen Verwaltungsabläufe, die erstmals zu wesentlichen Teilen elektronisch unterstützt oder wesentlich geändert werden, vor Einführung der informationstechnischen Systeme dokumentieren, analysieren und optimieren.

(3) Von Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 ist abzusehen, soweit diese einen nicht vertretbaren wirtschaftlichen Mehraufwand bedeuten würden oder zwingende Gründe entgegenstehen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend bei allen wesentlichen Änderungen der Verwaltungsabläufe oder der eingesetzten informationstechnischen Systeme.

§ 12b

Einheitliche Standards

(1) Soweit keine verbindlichen Standards vorgegeben sind, wird die Staatsregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen zu erlassen zu:

1. landesspezifischen Standards
 - a) zur Gewährleistung der behördenübergreifenden Interoperabilität nach § 9 Absatz 1 zwischen elektronischen Verfahren, E-Government-Anwendungen und informationstechnischen Systemen zur elektronischen Unterstützung der Verwaltungstätigkeit und
 - b) für die behördenübergreifende elektronische Kommunikation sowie
2. dem Einsatz bestimmter E-Government-Anwendungen und informationstechnischer Systeme zur elektronischen Unterstützung der Verwaltungstätigkeit, sofern die Interoperabilität nicht auf andere Weise hergestellt werden kann.

(2) Zu den landesspezifischen Standards nach Absatz 1 Nummer 1 gehören insbesondere die Festlegung von

1. technischen Vorgehensweisen für elektronische Verfahren, E-Government-Anwendungen und informationstechnische Systeme zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit (technische Standards) durch die

Definition von Schnittstellen, die Festlegung von Datenaustauschschemata oder von Daten- und Dateiformaten für die Speicherung, den Austausch oder die Be- und Verarbeitung von Daten,

2. organisatorischen Bedingungen oder von Vorgehensweisen hinsichtlich des Verfahrens für elektronische Verfahren, E-Government-Anwendungen und informationstechnische Systeme zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit (organisatorische Standards) durch die Festlegung von zeitlichen oder fachlichen Schnittstellen sowie
3. technischen Vorgehensweisen und organisatorischen Bedingungen, die die Verfügbarkeit, Unversehrtheit oder die Vertraulichkeit von Daten betreffen (Sicherheitsstandards).

Abschnitt 3

Regelungen für die Träger der Selbstverwaltung

§ 13

Interoperabilität

Werden dem Freistaat Sachsen Interoperabilitäts- und Informationssicherheitsstandards verbindlich durch Beschlüsse des IT-Planungsrates gemäß Artikel 91c Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vorgeschrieben, sind diese Standards durch die Träger der Selbstverwaltung bei den von ihnen eingesetzten informationstechnischen Systemen einzuhalten.

§ 13a

Bereitstellung von Daten

Stellen die Träger der Selbstverwaltung Daten, die sie zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben erheben haben oder durch Dritte in ihrem Auftrag haben erheben lassen über öffentlich zugängliche Netze bereit, gelten § 8 Absatz 4, 6 und 7 sowie Vorgaben der Rechtsverordnung nach § 8 Absatz 8 entsprechend.

§ 14

Basiskomponenten, Einheitliche Standards

(1) Die in § 10 Absatz 1 Satz 3 benannte Behörde kann Basiskomponenten auch den Trägern der Selbstverwaltung zur Verfügung stellen. Die im Freistaat Sachsen als Zuständigkeitsfinder eingesetzte Basiskomponente gemäß § 10 Absatz 3 wird den Trägern der Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt.

(2) § 10 Absatz 3 gilt für die Träger der Selbstverwaltung entsprechend. Die Vorgaben der Rechtsverordnungen gemäß § 10 Absatz 4 Satz 3 und 4 gelten auch für die Träger der Selbstverwaltung, soweit sie Basiskomponenten nutzen oder gemäß Satz 1 in Verbindung mit § 10 Absatz 3 zur Bereitstellung elektronischer Daten verpflichtet sind.

(3) Für die Träger der Selbstverwaltung gelten die Vorgaben der Rechtsverordnung nach § 12b für verwaltungsebenenübergreifende elektronische Verwaltungsabläufe und Verwaltungsverfahren sowie für die verwaltungsebenenübergreifende elektronische Kommunikation.

(4) Dem IT-Kooperationsrat und den Trägern der Selbstverwaltung ist möglichst frühzeitig vor Erlass einer Rechtsverordnung nach § 10 Absatz 4 Satz 3, die Regelungen gemäß § 10 Absatz 4 Satz 4 Nummer 1 enthält, oder einer Rechtsverordnung nach § 12b Gelegenheit zur Stellung-

nahme zu geben. Ein Hinweis auf diese Gelegenheit wird im Sächsischen Amtsblatt veröffentlicht. Beschließt der IT-Kooperationsrat daraufhin eine Empfehlung im Sinne von § 18 Absatz 3 Satz 1 Nummer 6, ist diese bei Erlass der Rechtsverordnung zu berücksichtigen.

§ 15 Datenübermittlung

Die verwaltungsebenenübergreifende elektronische Datenübermittlung im Sinne von § 11 zwischen den staatlichen Behörden und den Trägern der Selbstverwaltung wird über das Sächsische Verwaltungsnetz geführt.

15a Serviceportal Amt24

Stellen die Träger der Selbstverwaltung ihre Verwaltungsleistungen elektronisch zur Verfügung, haben sie diese auch über das Serviceportal Amt24 anzubieten. § 3 Absatz 2 des Onlinezugangsgesetzes gilt entsprechend.

§ 16 Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung

Soweit die Träger der Selbstverwaltung sich für die elektronische Vorgangsbearbeitung oder Aktenführung entscheiden, gilt § 12 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 bis 5 entsprechend.

Abschnitt 4 Organisation

§ 17 Zentrale Einrichtungen des Freistaates Sachsen

(1) Die obersten Staatsbehörden entsenden Vertreter in ein Koordinierungsgremium, das ressortübergreifende Entscheidungen zu Fragen der Informationstechnologie (IT) und des E-Governments im Freistaat Sachsen trifft. Grundsätzliche oder weittragende Fragen von allgemeiner politischer, wirtschaftlicher, sozialer, finanzieller oder kultureller Bedeutung bereitet es zur Entscheidung für die Staatsregierung vor. Soweit aufgrund der von dem Koordinierungsgremium behandelten Fragen Haushaltsfolgen zu erwarten sind, sollen vor der Entscheidung diese Folgen und die weiteren, sich aus der Entscheidung dieser Frage ergebenden wesentlichen Auswirkungen in einer angemessenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemäß § 7 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, dargestellt werden.

(2) Die Staatsregierung ernennt einen Beauftragten für Informationstechnologie des Freistaates Sachsen. Er ist in den Bereichen IT und E-Government insbesondere zuständig für

1. die Koordinierung der strategischen und operativen Führung der Verwaltung des Freistaates Sachsen im Rahmen der Entscheidungen der Staatsregierung und des Koordinierungsgremiums der Staatsregierung nach Absatz 1,
2. die Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern, dem Bund, der Europäischen Union und internationalen Partnern, wenn mehr als eine oberste Staatsbehörde

betroffen ist, sowie mit den Kommunen des Freistaates Sachsen und

3. die Vertretung des Freistaates Sachsen in Gremien, insbesondere im IT-Planungsrat.

Er ist an allen Gesetzgebungsverfahren und anderen Regierungsvorhaben zu beteiligen, bei denen IT- und E-Government-Fragen zu berücksichtigen sind. Der Beauftragte für Informationstechnologie kann zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Auskunft verlangen.

§ 18 IT-Kooperationsrat

(1) Der Freistaat Sachsen und die sächsischen Kommunen arbeiten bei dem Ausbau ihrer informationstechnischen Systeme zusammen. Ziel dieser Kooperation ist insbesondere die Einführung elektronischer, verwaltungsebenenübergreifend interoperabler und sicherer Verwaltungsabläufe.

(2) Der IT-Kooperationsrat ist das gemeinsame Gremium für diese Zusammenarbeit. Dem IT-Kooperationsrat gehören für den Freistaat Sachsen neben dem Beauftragten für Informationstechnologie des Freistaates Sachsen je ein Vertreter der Staatskanzlei und des Staatsministeriums des Innern an. Die anderen Staatsministerien entsenden zu Beratungsgegenständen, die ihre Ressortkompetenz betreffen, jeweils einen stimmberechtigten Vertreter in den IT-Kooperationsrat. Für die Kommunen gehören dem IT-Kooperationsrat drei Mitglieder an, von denen je ein Mitglied durch den Sächsischen Städte- und Gemeindetag, den Sächsischen Landkreistag und die Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung entsandt wird. Der IT-Kooperationsrat wird vom Beauftragten für Informationstechnologie des Freistaates Sachsen geleitet. Ein Vertreter des Sächsischen Datenschutzbeauftragten ist beratendes Mitglied des IT-Kooperationsrates. Durch den IT-Kooperationsrat können bei Bedarf externe Dritte mit zusätzlichem Fachwissen, insbesondere Vertreter einzelner Kommunen, beratend hinzugezogen werden.

(3) Der IT-Kooperationsrat beschließt, soweit kommunale Belange berührt werden, Empfehlungen für die Kommunen und die staatlichen Behörden insbesondere zu

1. den im IT-Planungsrat behandelten Themen und den Beschlussvorschlägen des IT-Planungsrates,
2. den Umsetzungsregelungen für die Beschlüsse des IT-Planungsrates, die dieser gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 des Vertrages über die Errichtung des IT-Planungsrates und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG vom 20. November 2009 (SächsGVBl. 2010 S. 44) fasst, und den Bund-Länder-Beschlüssen im Bereich IT und E-Government,
3. der Weiterentwicklung der Strategie für IT und E-Government des Freistaates Sachsen und der E-Government-Umsetzungsplanung des Freistaates Sachsen und der sächsischen Kommunen sowie zur Steuerung der Schlüsselprojekte aus dieser E-Government-Umsetzungsplanung,
- 3a. der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Freistaat Sachsen,
4. der Weiterentwicklung der Basiskomponenten und des Sächsischen Verwaltungsnetzes sowie zu Strategien für die E-Government-Plattform,
5. landesspezifischen Interoperabilitäts- und Informationssicherheitsstandards für verwaltungsebenenübergreifende elektronische Verwaltungsabläufe der im Freistaat Sachsen eingesetzten informationstechnischen Systeme,

6. der Festlegung der gemäß § 10 Absatz 3 und 4 Satz 3 und 4 Nummer 1 in Verbindung mit § 14 Absatz 2 elektronisch zu liefernden Daten für die im Freistaat Sachsen als Zuständigkeitsfinder eingesetzte Basiskomponente und den Anforderungen an die alternative Schnittstelle für den Netzzugang gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Sächsischen Informationssicherheitsgesetzes vom 2. August 2019 (SächsGVBl. S. 630), in der jeweils geltenden Fassung, und
 7. den elektronischen Kommunikations- und Zahlungsverfahren, die einheitlich im gesamten Freistaat Sachsen von den staatlichen Behörden und den sächsischen Kommunen gleichermaßen angeboten werden sollen.
- § 17 Absatz 1 Satz 3 gilt für die Beschlüsse des IT-Kooperationsrates entsprechend.

(4) Die Beschlüsse des IT-Kooperationsrates werden einstimmig gefasst.

(5) Der IT-Kooperationsrat wird durch eine Geschäftsstelle bei der Staatskanzlei unterstützt.

Abschnitt 5 Schlussvorschriften

§ 19 Verhältnis zu anderen Vorschriften

(1) Unberührt bleibt § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 3a des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

(2) Unberührt bleibt § 123 Absatz 5 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62).

(3) Unberührt bleibt § 9 des Sächsischen Sorbengesetzes vom 31. März 1999 (SächsGVBl. S. 161), das zuletzt durch Artikel 59a des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Die notwendigen Voraussetzungen zur Verwendung der sorbischen Sprache sind zu schaffen.

§ 20 Experimentierklausel

(1) Die jeweils fachlich zuständige oberste Staatsbehörde wird ermächtigt, zur Einführung und Fortentwicklung des E-Governments im Benehmen mit dem Beauftragten für Informationstechnologie des Freistaates Sachsen und nach Zustimmung des Staatsministeriums des Innern sowie im Falle der Nummer 3 im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung sachlich oder räumlich begrenzte Ausnahmen von der Anwendung folgender landesrechtlicher Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungskostenregelungen für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren zuzulassen:

1. Zuständigkeits- und Formvorschriften gemäß § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens-

rens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit den §§ 3, 3a, 33, 34, 37 Absatz 2 bis 5, §§ 41, 57, 64 und 69 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes,

2. § 4 Absatz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 5 Absatz 4 bis 7, §§ 5a und 10 Absatz 2 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2745) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
3. § 3 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über den einheitlichen Ansprechpartner im Freistaat Sachsen vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 446), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit § 3 des Sächsischen Verwaltungskostengesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Das Gleiche gilt für sonstige Zuständigkeits- und Formvorschriften in Fachgesetzen.

§ 21 Evaluierung

(1) Die Staatsregierung legt dem Landtag im Jahr 2021 einen Bericht vor, in dem sie darlegt,

1. welche Auswirkungen dieses Gesetz insbesondere auf die Entwicklung des E-Governments im Freistaat Sachsen hat,
2. welche Projekte auf der Basis der Experimentierklausel des § 20 durchgeführt wurden,
3. wie sich Datenschutz und Barrierefreiheit in den informationstechnischen Systemen des Freistaates Sachsen entwickelt haben,
4. welche Kosten und Nutzen bei der Umsetzung dieses Gesetzes entstanden sind und
5. ob eine Weiterentwicklung der Vorschriften dieses Gesetzes erforderlich ist.

Bei der Evaluierung ist auch die Perspektive der Nutzer der E-Government-Angebote, insbesondere der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, zu berücksichtigen.

(2) Nach der Evaluierung gemäß Absatz 1 werden dem Landtag entsprechende Erfahrungsberichte jeweils nach Ablauf weiterer zwei Jahre vorgelegt.

§ 22 Einschränkung eines Grundrechtes

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen wird durch § 3a Absatz 3 Satz 1 und 2 Nummer 2, §§ 6, 10 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4 Satz 3 und 4 Nummer 4 sowie § 11a Absatz 4 Satz 2 Nummer 3 und 4 eingeschränkt.

**Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen
zur Aufteilung der Schlüsselmassen
nach § 4 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes
im Jahr 2020
(Schlüsselmassenverordnung 2020)**

Vom 9. Oktober 2019

Auf Grund des § 31 Absatz 8 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 2013 (SächsGVBl. S. 95), der durch Artikel 1 Nummer 26 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 364) geändert worden ist, verordnet das Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit dem Staatsministerium des Innern und nach Anhörung des Beirates für den kommunalen Finanzausgleich:

**§ 1
Grundsatz**

Die Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse auf den kreisangehörigen Raum und den kreisfreien Raum erfolgt auf der Grundlage von § 4 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes.

**§ 2
Allgemeine Schlüsselzuweisungen**

Die für allgemeine Schlüsselzuweisungen nach den §§ 5 bis 14 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes zur Verfügung stehende Schlüsselmasse beträgt 2 789 000 500 Euro. Sie wird wie folgt aufgeteilt:

1. allgemeine Schlüsselzuweisungen an kreisangehörige Gemeinden (§§ 6 bis 9 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes) 926 612 300 Euro,

2. allgemeine Schlüsselzuweisungen an Kreisfreie Städte (§ 10 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes) 1 173 922 400 Euro,
3. allgemeine Schlüsselzuweisungen an Landkreise (§§ 11 bis 14 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes) 688 465 800 Euro.

**§ 3
Zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen**

Die für zweckgebundene investive Schlüsselzuweisungen nach § 15 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes zur Verfügung stehende Schlüsselmasse beträgt 359 653 400 Euro. Sie wird nach § 4 Absatz 5 Satz 2 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes wie folgt aufgeteilt:

1. investive Schlüsselzuweisungen an kreisangehörige Gemeinden 120 525 600 Euro,
2. investive Schlüsselzuweisungen an Kreisfreie Städte 186 989 300 Euro,
3. investive Schlüsselzuweisungen an Landkreise 52 138 500 Euro.

**§ 4
Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2020 außer Kraft.

Dresden, den 9. Oktober 2019

Der Staatsminister der Finanzen
Dr. Matthias Haß

Einundzwanzigste Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Änderung der Finanzamts- und Rechenzentrums- Zuständigkeitsverordnung

Vom 25. Oktober 2019

Auf Grund des § 88b Absatz 3 Satz 1 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), der durch Artikel 1 Nummer 13 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1679) eingefügt worden ist, in Verbindung mit § 1 Nummer 1 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Finanzverwaltung vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 722) verordnet das Staatsministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die Finanzamts- und Rechenzentrums-Zuständigkeitsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 539), die zuletzt durch Verordnung vom 1. Oktober 2018 (SächsGVBl. S. 628) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Verordnung
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen
über Zuständigkeiten im Bereich der Finanzverwaltung
(Finanzverwaltungszuständigkeitsverordnung –
FVwZuVO)“.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden die Wörter „Artikel 5 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 2074)“ durch

die Wörter „Artikel 4 des Gesetzes vom 25. März 2019 (BGBl. I S. 357)“ ersetzt.

- b) In Nummer 2 Satz 1 werden die Wörter „Artikel 9 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3214)“ durch die Wörter „Artikel 1 des Gesetzes vom 4. August 2019 (BGBl. I S. 1122)“ ersetzt.

3. Nach § 2 wird folgender § 3 eingefügt:

„§ 3
Zuständigkeit nach § 88b der Abgabenordnung

Das Landesamt für Steuern und Finanzen ist für die in § 88b Absatz 1 und 2 der Abgabenordnung genannten Tätigkeiten zuständig.“

4. Die bisherigen §§ 3 und 4 werden die §§ 4 und 5.
5. In Ziffer I Nummer 3 der Anlage werden die Wörter „Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3000)“ durch die Wörter „Artikel 11 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2338)“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 25. Oktober 2019

Der Staatsminister der Finanzen
Dr. Matthias Haß

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Schülermitwirkungsverordnung

Vom 25. Oktober 2019

Auf Grund des § 56 des Sächsischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 2018 (SächsGVBl. S. 648) verordnet das Staatsministerium für Kultus:

Artikel 1

Änderung der Schülermitwirkungsverordnung

Die Schülermitwirkungsverordnung vom 4. Januar 2005 (SächsGVBl. S. 11), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 28. Juni 2017 (SächsGVBl. S. 374) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Den Schülern der Klassen- oder Jahrgangsstufen 5 bis 13 ist während der allgemeinen Unterrichtszeit eine halbe Unterrichtsstunde in der Woche, den Schülern im Teilzeitunterricht eine Unterrichtsstunde im Quartal für Angelegenheiten der Schülermitwirkung zur Verfügung zu stellen. Beansprucht ein Schüler Zeit gemäß Satz 1, hat er den Klassenlehrer und den zur beanspruchten Unterrichtszeit eingesetzten Fachlehrer rechtzeitig darüber zu informieren. Die Sätze 1 und 2 gelten im Fall der Wahl eines Klassensprechers und dessen Stellvertreters nach § 51 Absatz 3 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes auch in der Primarstufe.“
 - b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Schülervertreter können während der Unterrichtszeit bis zu zwei Unterrichtsstunden im Monat zusammentreten. Die Klassen- und Jahrgangsstufensprecher oder deren Stellvertreter sind für die Teilnahme an den Sitzungen des Schülerrates freizustellen. Darüber hinaus sind den Klassen- und Jahrgangsstufensprechern zwei Unterrichtsstunden im Monat zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere für Gespräche mit der Schulleitung und dem Vertrauenslehrer und für die gegenseitige Beratung zur Verfügung zu stellen. Die Schülersprecher oder die anderen gemäß § 54 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Schulgesetzes gewählten Mitglieder des Schülerrates sind zusätzlich für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreis- und Landesschülerrates vom Unterricht freizustellen.“
2. In § 6 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „gegeben“ durch das Wort „gemacht“ ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 3 werden die Wörter „der Jahrgangsstufensprecher“ durch die Wörter „des jeweiligen Jahrgangsstufensprechers“ und die Wörter „ihrer Stellvertreter“ durch die Wörter „seines Stellvertreters“ ersetzt.
 - b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) In der Primarstufe können Schüler einer Klasse gemäß § 51 Absatz 3 des Sächsischen Schulgesetzes innerhalb von sechs Wochen nach Schuljahresbeginn einen Klassensprecher und seinen Stellvertreter wählen.“
4. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Schülerrat gemäß § 53 Absatz 1 des Sächsischen Schulgesetzes tritt binnen drei Wochen nach der Wahl seiner Mitglieder, spätestens jedoch bis zum Ablauf der sechsten Unterrichtswoche nach Schuljahresbeginn, zusammen und wählt aus der Mitte der Schüler den Schülersprecher, dessen Stellvertreter sowie die weiteren Vertreter der Schüler für die Schulkonferenz gemäß § 43 Absatz 3 Nummer 4 und Absatz 5 des Sächsischen Schulgesetzes und deren Stellvertreter. Die Wahl des Schülersprechers kann hiervon abweichend vom Schülerrat auf die gesamte Schülerschaft übertragen werden. In diesem Fall hat der Schülerrat dies vor der Wahl bekanntzumachen. Die Wahl hat auch in diesem Fall spätestens bis zum Ablauf der sechsten Unterrichtswoche nach Schuljahresbeginn zu erfolgen.“
 - b) In Absatz 2 Satz 2 wird das Wort „Drittel“ durch das Wort „Viertel“ ersetzt.
 - c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Der Schülersprecher ist dem Schülerrat und die Mitglieder des Schülerrates sind den Schülern der jeweiligen Klasse oder Jahrgangsstufe im Anschluss an die Schülerratssitzung zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit verpflichtet.“
5. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird das Wort „achten“ durch das Wort „neunten“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „dem Stellvertreter“ durch die Wörter „dessen Stellvertreter“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 wird das Wort „Kreisschülerratsvorsitzende“ durch das Wort „Vorsitzende“ ersetzt und die Wörter „des Kreisschülerrates“ werden gestrichen.
 - d) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

„Zum Ende seiner Amtszeit berichtet der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter den übrigen Mitgliedern über seine Tätigkeit.“
 - e) Folgender Absatz 7 wird angefügt:

„(7) Die Schulaufsichtsbehörde hat den Kreisschülerrat über alle grundsätzlichen, die Schulen des Landkreises oder der Kreisfreien Stadt gemeinsam interessierenden Fragen rechtzeitig zu unterrichten und ist verpflichtet, ihm die notwendigen Auskünfte zu erteilen.“
6. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Anzahl der zu wählenden Vertreter aus dem Bereich der öffentlichen Schulen beträgt für Landkreise und Kreisfreie Städte

 1. mit bis zu 180 000 Einwohnern zwei,
 2. mit bis zu 210 000 Einwohnern drei,
 3. mit bis zu 270 000 Einwohnern vier,
 4. mit bis zu 330 000 Einwohnern fünf,

5. mit bis zu 390 000 Einwohnern sechs,
6. mit bis zu 420 000 Einwohnern sieben und
7. mit mehr als 420 000 Einwohnern acht.“
- b) Folgender Absatz 8 wird angefügt:
„(8) Die oberste Schulaufsichtsbehörde unterrichtet den Landesschülerrat über alle grundsätzlichen, die Schulen des Landes gemeinsam interessierenden Fragen und ist verpflichtet, ihm die notwendigen Auskünfte zu erteilen.“
7. § 11 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 werden nach dem Wort „Wahlmodus,“ die Wörter „insbesondere die Wahl des Schülersprechers durch die gesamte Schülerschaft,“ angefügt.
 - b) In Nummer 3 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.
8. In § 13 Nummer 1 werden nach dem Wort „Schülerinteressen“ die Wörter „bei allen Belangen, die den Schulalltag der Schüler betreffen und zur Gestaltung des Lebens und der Arbeit in der Schule geeignet sind“ eingefügt.
9. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Schülersprecher“ die Wörter „oder einem von ihm beauftragten Schülervertreter“ eingefügt.
- b) In Absatz 3 wird das Wort „Drittel“ durch das Wort „Viertel“ ersetzt.
10. § 16 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „einer eigenen Anschlagtafel“ durch die Wörter „eines eigenen Schwarzen Brettes“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Anschläge“ durch das Wort „Bekanntmachungen“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Anschläge“ durch das Wort „Bekanntmachungen“ und die Wörter „der Anschlagtafel“ werden durch die Wörter „des Schwarzen Brettes“ ersetzt.
11. In § 18 Absatz 1 werden nach dem Wort „Schulaufsichtsbehörde“ die Wörter „zu beraten und“ eingefügt.
12. In § 21 wird die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Dresden, den 25. Oktober 2019

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

**Polizeiverordnung
der Landesdirektion Sachsen
zur Verhütung von Gefahren durch unbemannte Fluglaternen
(Fluglaternenverordnung)**

Vom 15. Oktober 2019

Aufgrund von § 9 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 und § 17 Absatz 1 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (SächsGVBl. S. 466), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 890) geändert worden ist, erlässt die Landesdirektion Sachsen als Landespolizeibehörde nach § 64 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 82 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen folgende Polizeiverordnung:

§ 1

Es ist auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen untersagt, unbemannte ballonartige beziehungsweise frei fliegende Flugkörper aufsteigen zu lassen, bei denen der Auftrieb durch die von einer eigenen Feuerquelle erwärmte Luft erzeugt wird und die insbesondere unter den Bezeichnungen „Himmelslaterne“, „Skylaterne“, „Skyballone“, „Kong-Ming-Laterne“ und dergleichen bekannt sind (Fluglaternen).

§ 2

Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Absatz 1 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 1 dieser Verordnung Fluglaternen steigen lässt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1 000 Euro geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 27. November 2029 außer Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Fluglaternenverordnung vom 30. November 2018 (SächsGVBl. S. 835) außer Kraft.

Chemnitz, den 15. Oktober 2019

Landesdirektion Sachsen
Gökelmann
Präsident

Verordnung der Landesdirektion Sachsen über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in Leipzig (Sperrbezirksverordnung Leipzig)

Vom 5. November 2019

Aufgrund von Artikel 297 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 sowie Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469; 1975 I S. 1916; 1976 I S. 507), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1612) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über das Verbot der Prostitution vom 10. September 1991 (SächsGVBl. S. 351), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 1. März 2012 (SächsGVBl. S. 157) geändert worden ist, wird verordnet:

§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Prostitution im Sinne dieser Verordnung ist die Erbringung einer sexuellen Dienstleistung gegen Entgelt. Eine sexuelle Dienstleistung ist eine sexuelle Handlung mindestens einer Person an oder vor mindestens einer anderen unmittelbar anwesenden Person gegen Entgelt oder das Zulassen einer sexuellen Handlung an oder vor der eigenen Person gegen Entgelt. Keine sexuellen Dienstleistungen sind Vorführungen mit ausschließlich darstellerischem Charakter, bei denen keine weitere der anwesenden Personen sexuell aktiv einbezogen ist. Prostituierte im Sinne dieser Verordnung sind Personen, die sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt erbringen. Anbahnung ist die unmittelbare Werbung oder Vermittlung der sexuellen Dienstleistung.

(2) Prostitution im Sinne des Absatzes 1 umfasst insbesondere Straßenprostitution, Prostitution in ortsfesten Einrichtungen aller Art (unter anderem Wohnungs- und Bordellprostitution) sowie Prostitution in mobilen Einrichtungen (zum Beispiel Prostitutionsfahrzeuge).

- a) Straßenprostitution ist die Anbahnung und das Nachgehen der Prostitution auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen, Anlagen und an sonstigen Orten, die von dort aus eingesehen werden können. Hiervon umfasst sind beispielsweise Verkehrsmittel und deren Haltestellen, Parkanlagen, Gärten, Höfe, Hauseingänge, Treppenhäuser, Bedürfnisanstalten, Brücken, Ruinen, Durchgänge sowie Unterführungen, soweit diese Örtlichkeiten öffentlich sind oder von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen oder Anlagen eingesehen werden können.
- b) Bordellprostitution umfasst die Prostitution und deren Anbahnung in Prostituiertenwohnheimen, Prostituiertenunterkünften und sonstigen überwiegend von mehreren Prostituierten genutzten Gebäuden, Gebäudeteilen und Einrichtungen sowie vergleichbare Erscheinungsformen, wie zum Beispiel sogenannte Massagesalons, in denen auch sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt angeboten werden.
- c) Wohnungsprostitution ist die Prostitution und deren Anbahnung in der von einer oder mehreren Prostituierten überwiegend zum Wohnen genutzten Wohnung sowie vergleichbare Erscheinungsformen.

- d) Prostitutionsfahrzeuge sind Kraftfahrzeuge, Fahrzeuganhänger und andere mobile Anlagen, die zur Erbringung sexueller Dienstleistungen bereitgestellt werden.

§ 2

Sperrbezirke

In der Stadt Leipzig ist jede Form der Prostitution und deren Anbahnung im Freien, in ortsfesten oder beweglichen Einrichtungen aller Art innerhalb der wie folgt begrenzten Gebiete verboten (Sperrbezirke):

1. Stadtzentrum:

Hauptbahnhof einschließlich öffentlicher Verkehrsbereich an der Preußenseite und Sachsenseite, Brandenburger Straße von Einmündung Sachsenseite bis Einmündung Hahnekamm, Hahnekamm von Einmündung Brandenburger Straße bis Einmündung Schützenstraße, Schützenstraße von Einmündung Hahnekamm bis Einmündung Querstraße, Querstraße von Einmündung Schützenstraße bis Einmündung Grimmaischer Steinweg, weiter die Nürnberger Straße von Einmündung Grimmaischer Steinweg bis Einmündung Bauhofstraße, Bauhofstraße von Einmündung Nürnberger Straße bis Einmündung Turnerstraße, weiter Leplaystraße von Einmündung Turnerstraße bis Einmündung Grünewaldstraße, Grünewaldstraße von Einmündung Leplaystraße bis Einmündung Härtelstraße, Härtelstraße von Einmündung Grünewaldstraße bis Einmündung Peterssteinweg, weiter die Straße des 17. Juni ab Einmündung Peterssteinweg bis Einmündung Harkortstraße, Harkortstraße von Einmündung Straße des 17. Juni bis Einmündung Karl-Tauchnitz-Straße, Karl-Tauchnitz-Straße von Einmündung Harkortstraße bis Einmündung Edvard-Grieg-Allee, Edvard-Grieg-Allee von Einmündung Karl-Tauchnitz-Straße bis Einmündung Ferdinand-Lassalle-Straße, Ferdinand-Lassalle-Straße von Einmündung Edvard-Grieg-Allee bis Einmündung Käthe-Kollwitz-Straße, Käthe-Kollwitz-Straße von Einmündung Ferdinand-Lassalle-Straße bis Einmündung Westplatz, weiter die Friedrich-Ebert-Straße von Einmündung Westplatz bis Einmündung Christianstraße, weiter die Eitingonstraße von Einmündung Christianstraße bis Einmündung Goyastraße, Goyastraße von Einmündung Eitingonstraße bis Einmündung Am Sportforum, Am Sportforum von Einmündung Goyastraße bis Einmündung Leutzscher Allee, Leutzscher Allee von Einmündung Am Sportforum bis Einmündung Waldstraße, weiter den Zöllnerweg von Einmündung Waldstraße bis Einmündung Leibnizstraße,

- weiter die Emil-Fuchs-Straße von Einmündung Leibnizstraße bis Einmündung Pfaffendorfer Straße, Pfaffendorfer Straße von Einmündung Emil-Fuchs-Straße bis Nordplatz, gesamter Nordplatz, weiter die Roscherstraße von Nordplatz bis Einmündung Eutritzscher Straße, Eutritzscher Straße von Einmündung Roscherstraße bis Einmündung Delitzscher Straße, Delitzscher Straße von Einmündung Eutritzscher Straße bis Einmündung Theresienstraße, Theresienstraße von Einmündung Delitzscher Straße bis Einmündung Wittenberger Straße, Wittenberger Straße von Einmündung Theresienstraße bis Einmündung Berliner Straße, Berliner Straße von Einmündung Wittenberger Straße bis Einmündung Kurt-Schumacher-Straße, Kurt-Schumacher-Straße von Einmündung Berliner Straße bis Einmündung Preußenseite
2. Schönefeld und Volkmarisdorf:
Löbauer Straße von Einmündung Schönefelder Allee bis Einmündung Bautzner Straße, Bautzner Straße von Einmündung Löbauer Straße bis Einmündung Torgauer Straße, Torgauer Straße von Einmündung Bautzner Straße bis Einmündung Eisenbahnstraße, Eisenbahnstraße von Einmündung Torgauer Straße bis Einmündung Rosa-Luxemburg-Straße, Rosa-Luxemburg-Straße von Einmündung Eisenbahnstraße bis Einmündung Schulze-Delitzsch-Straße, Schulze-Delitzsch-Straße von Einmündung Rosa-Luxemburg-Straße bis Einmündung Hermann-Liebmann-Straße, Hermann-Liebmann-Straße von Einmündung Schulze-Delitzsch-Straße bis Einmündung Rohrteichstraße, weiter Schönefelder Allee von Einmündung Rohrteichstraße bis Einmündung Löbauer Straße
 3. Mockau:
Stralsunder Straße von Einmündung Majakowskistraße bis Einmündung Tauchaer Straße, weiter die Kieler Straße von Einmündung Tauchaer Straße bis Einmündung Essener Straße, weiter die Essener Straße von Einmündung Kieler Straße bis Einmündung Tschernyschewskistraße, Tschernyschewskistraße von Einmündung Essener Straße bis Einmündung Walter-Albrecht-Weg, weiter Herzenstraße von Einmündung Walter-Albrecht-Weg bis Einmündung Gogolstraße, Gogolstraße von Einmündung Herzenstraße bis Einmündung Kuckhoffstraße, Kuckhoffstraße von Einmündung Gogolstraße bis Einmündung Majakowskistraße, Majakowskistraße von Einmündung Kuckhoffstraße bis Einmündung Stralsunder Straße
 4. Thekla:
Tauchaer Straße von Einmündung Kiebitzstraße bis Einmündung Breunsdorffstraße, weiter gegenüber der Breunsdorffstraße entlang der westlichen Feldgrenze bis zur Teslastraße, Teslastraße bis Einmündung Rostocker Straße, Rostocker Straße von Einmündung Teslastraße bis Bahnlinie, Verlauf der Bahnlinie in westlicher Richtung bis Theklaer Straße, Theklaer Straße von Bahnlinie bis Einmündung Zschopauer Straße, Gehweg südlich des Naturbades Nordost von Theklaer Straße bis Kiebitzstraße, Kiebitzstraße von Einmündung Gehweg südlich des Naturbades Nordost bis Einmündung Tauchaer Straße
 5. Paunsdorf:
Klettenstraße von Einmündung Permoserstraße bis Einmündung Goldsternstraße, Goldsternstraße von Einmündung Klettenstraße bis Parkplatz Kindertageseinrichtung und von dort entlang der Schulhofgrenze bis Hainbuchenstraße, Hainbuchenstraße bis Einmündung Heiterblickallee, Heiterblickallee von Einmündung Hainbuchenstraße bis Einmündung Portitzer Allee, weiter auf Verlängerung der Heiterblickallee von Einmündung Portitzer Allee bis Begrenzung A 14, Begrenzung der A 14 im Verlauf in Richtung Dresden von Verlängerung der Heiterblickallee bis Oberer Gewändegraben (Entwässerungsgraben), weiter im Verlauf Oberer Gewändegraben von Begrenzung der A 14 bis Paunsdorfer Allee, Paunsdorfer Allee von Oberer Gewändegraben bis Einmündung Permoserstraße, Permoserstraße von Einmündung Paunsdorfer Allee bis Einmündung Klettenstraße
 6. Thonberg:
Johannisallee von Einmündung Prager Straße bis Einmündung Eilenburger Straße, Eilenburger Straße von Einmündung Johannisallee bis Einmündung Riebeckstraße, Riebeckstraße von Einmündung Eilenburger Straße bis Einmündung Stötteritzer Straße, Stötteritzer Straße von Einmündung Riebeckstraße bis Einmündung Kregelstraße, Kregelstraße von Einmündung Stötteritzer Straße bis Einmündung Prager Straße, Prager Straße von Einmündung Kregelstraße bis Einmündung Volckmarstraße, weiter den Gehweg gegenüber der Einmündung Volckmarstraße zwischen der Bebauung Prager Straße hindurch bis Liebigstraße, weiter Liebigstraße bis Einmündung Vor dem Hospital-tore, Vor dem Hospital-tore von Einmündung Liebigstraße bis Ostplatz, gesamter Ostplatz bis Einmündung Johannisallee
 7. Marienbrunn und Lößnig:
Arno-Nitzsche-Straße von Bahnlinie in Richtung Zwickauer Straße bis zur Einfahrt Parkplatz Einkaufsmarkt und von dort in gerader Linie bis zur Brücke Zwickauer Straße, von der Brücke Zwickauer Straße entlang der Bahnlinie bis Richard-Lehmann-Straße, Richard-Lehmann-Straße von Bahnlinie bis Einmündung An der Tabaksmühle, An der Tabaksmühle von Einmündung Richard-Lehmann-Straße bis Einmündung Lerchenrain, Lerchenrain von Einmündung An der Tabaksmühle bis Einmündung Triftweg, Triftweg von Einmündung Lerchenrain bis Einmündung Probstheidaer Straße, Probstheidaer Straße von Einmündung Triftweg bis Einmündung Bernhard-Kellermann-Straße, Bernhard-Kellermann-Straße von Einmündung Probstheidaer Straße bis Einmündung Hans-Marchwitza-Straße, weiter von der Bernhard-Kellermann-Straße im geraden Verlauf durch den Erholungspark Lößnig-Dölitz bis Gorbitzer Straße, weiter Gorbitzer Straße bis Einmündung Zum Dölitzer Schacht, Zum Dölitzer Schacht von Einmündung Gorbitzer Straße bis Einmündung Friederikenstraße, Friederikenstraße von Einmündung Zum Dölitzer Schacht bis Einmündung Bornaische Straße,

- Bornaische Straße von Einmündung Friederikenstraße bis Bahnlinie nördlich Höhe Liechtensteinstraße, weiter im Verlauf der Bahnlinie von Bornaische Straße bis Arno-Nitzsche-Straße
8. Grünau:
Brünner Straße von Einmündung Lützner Straße bis Einmündung Gärtnerstraße,
Gärtnerstraße und der Pauluskirche von Einmündung Straße am Park,
Straße am Park von Einmündung Gärtnerstraße bis S-Bahn-Linie,
Verlauf der S-Bahn-Linie von Straße am Park bis Schönauer Straße,
Schönauer Straße von S-Bahn-Linie bis Einmündung Ratzelstraße,
Ratzelstraße einschließlich des Grünstreifens zur Brambacher Straße von Einmündung Schönauer Straße bis Einmündung Kiewer Straße,
Kiewer Straße einschließlich der Grundstücke der St. Martinskirche und der Pauluskirche von Einmündung Ratzelstraße bis Einmündung Lützner Straße
Lützner Straße von Einmündung Kiewer Straße bis Einmündung Am kleinen Feld,
Am kleinen Feld von Einmündung Lützner Straße bis Einmündung Neue Leipziger Straße,
weiter im Verlauf der westlichen Grenze des Sportplatzes gegenüber der Einmündung Am kleinen Feld am Sportplatz vorbei bis Plovdiver Straße (Gehweg),
Plovdiver Straße von Gehweg bis Einmündung Saturnstraße,
Saturnstraße von Einmündung Plovdiver Straße bis Einmündung Uranusstraße,
Uranusstraße von Einmündung Saturnstraße bis Einmündung Kiewer Straße,
Kiewer Straße von Einmündung Uranusstraße bis Einmündung Lyoner Straße,
Lyoner Straße von Einmündung Kiewer Straße bis Einmündung Schönauer Straße,
Schönauer Straße von Einmündung Lyoner Straße bis Einmündung Garskestraße,
Garskestraße von Einmündung Schönauer Straße bis Lützner Straße,
Lützner Straße von Einmündung Garskestraße bis Brünner Straße
9. Leutzsch:
Franz-Flemming-Straße von Einmündung Merseburger Straße bis Einmündung Georg-Schwarz-Straße,
Georg-Schwarz-Straße von Einmündung Franz-Flemming-Straße bis Einmündung Philipp-Reis-Straße,
Philipp-Reis-Straße von Einmündung Georg-Schwarz-Straße bis Einmündung Rathenaustraße,
weiter Otto-Schmiedt-Straße von Einmündung Rathenaustraße bis Einmündung Hans-Driesch-Straße,
Hans-Driesch-Straße von Einmündung Otto-Schmiedt-Straße bis Einmündung Am Wasserschloß,
Am Wasserschloß von Einmündung Hans-Driesch-Straße bis Einmündung Weinbergstraße,
weiter William-Zipperer-Straße von Einmündung Weinbergstraße bis Einmündung Prießnitzstraße,
Prießnitzstraße von Einmündung William-Zipperer-Straße bis Einmündung Rietschelstraße,
Rietschelstraße von Einmündung Prießnitzstraße bis Einmündung Friesenstraße,
Friesenstraße von Einmündung Rietschelstraße bis Einmündung William-Zipperer-Straße,
William-Zipperer-Straße von Einmündung Friesenstraße bis Einmündung Erich-Köhn-Straße,
Erich-Köhn-Straße von Einmündung William-Zipperer-Straße bis Einmündung Georg-Schwarz-Straße,
Georg-Schwarz-Straße von Einmündung Erich-Köhn-Straße bis Einmündung Merseburger Straße,
- Merseburger Straße von Einmündung Georg-Schwarz-Straße bis Einmündung Franz-Flemming-Straße
10. Möckern:
Diderotstraße von Einmündung Slevogtstraße bis Einmündung Clausewitzstraße,
Clausewitzstraße von Einmündung Diderotstraße bis Einmündung Rousseaustraße,
Rousseaustraße von Einmündung Clausewitzstraße bis Einmündung Faradaystraße,
Faradaystraße von Einmündung Rousseaustraße bis Einmündung Kirschbergstraße,
Kirschbergstraße von Einmündung Faradaystraße bis Einmündung Wolffstraße,
weiter die Renftstraße von Einmündung Wolffstraße in gerader Linie bis Gustav-Kühn-Straße,
weiter die Knopstraße von Einmündung Gustav-Kühn-Straße bis Einmündung Slevogtstraße,
Slevogtstraße von Einmündung Gustav-Kühn-Straße bis Einmündung Georg-Schumann-Straße,
Georg-Schumann-Straße von Einmündung Slevogtstraße bis Einmündung Annaberger Straße,
Annaberger Straße von Einmündung Georg-Schumann-Straße bis Einmündung Karl-Helbig-Straße,
Karl-Helbig-Straße von Einmündung Annaberger Straße bis Einmündung Christoph-Probst-Straße,
weiter den Gehweg entlang des Kleingartenvereins „Sternhöhe Wahren e. V.“ bis Fritz-Simonis-Straße,
Fritz-Simonis-Straße von Gehweg bis Einmündung Hans-Beimler-Straße,
Hans-Beimler-Straße von Einmündung Fritz-Simonis-Straße bis Einmündung Slevogtstraße,
Slevogtstraße von Einmündung Hans-Beimler-Straße bis Einmündung Diderotstraße
11. Gohlis:
Lindenthaler Straße von Einmündung Georg-Schumann-Straße bis Coppiplatz, gesamter Coppiplatz, weiter Landsberger Straße von Coppiplatz bis Einmündung Max-Liebermann-Straße,
Max-Liebermann-Straße von Einmündung Landsberger Straße bis Einmündung Bremer Straße,
Bremer Straße von Einmündung Max-Liebermann-Straße bis Einmündung Jörgen-Schmidtchen-Weg,
weiter Sylter Straße von Einmündung Jörgen-Schmidtchen-Weg bis Einmündung Beyerleinstraße,
Beyerleinstraße von Einmündung Sylter Straße bis Einmündung Landsberger Straße,
Landsberger Straße von Einmündung Beyerleinstraße bis Coppiplatz,
weiter Lindenthaler Straße von Coppiplatz bis Einmündung Georg-Schumann-Straße
12. Wiederitzsch:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Wiederitzsch.
13. Seehausen:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Seehausen.
14. Plaußig-Portitz:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Plaußig-Portitz.
15. Engelsdorf:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Engelsdorf.
16. Mölkau:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Mölkau.
17. Baalsdorf:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Baalsdorf.
18. Althen-Kleinpösna:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Althen-Kleinpösna.
19. Holzhausen:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Holzhausen.
20. Liebertwolkwitz:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Liebertwolkwitz.
21. Hartmannsdorf-Knautnaundorf:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Hartmannsdorf-Knautnaundorf.

22. Lausen-Grünau:
Innerhalb der Ortsteilgrenzen von Lausen-Grünau, außer abweichend von der Ortsteilgrenze im Gebiet Lützner Straße von östlicher Einmündung Miltitzer Allee bis Bärenfelder Weg Einmündung Lützner Straße, Bärenfelder Weg von Einmündung Lützner Straße bis Einmündung Lobensteiner Straße über Bahngelände, Bärenfelder Weg von Einmündung Lobensteiner Straße bis Einmündung Brackestraße, Brackestraße von Einmündung Bärenfelder Weg bis Einmündung Seffnerstraße, Seffnerstraße von Einmündung Brackestraße bis Krakauer Straße Ortsteilgrenze
23. Miltitz:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Miltitz
24. Burghausen-Rückmarsdorf:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Burghausen-Rückmarsdorf.
25. Böhlitz-Ehrenberg:
Innerhalb der Ortsteilgrenzen von Böhlitz-Ehrenberg, außer abweichend von der Ortsteilgrenze im Gebiet Paul-Langheinrich-Straße von Ortsteilgrenze bis Einmündung Ludwig-Hupfeld-Straße, Ludwig-Hupfeld-Straße von Einmündung Paul-Langheinrich-Straße bis Ortsteilgrenze nördlich Einbindung Merseburger Straße
26. Lützschena-Stahmeln:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Lützschena-Stahmeln.
27. Lindenthal:
Innerhalb der Ortsteilgrenze von Lindenthal.

§ 3

Abgrenzung der Sperrbezirke und kartografische Darstellung

(1) Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gehören die aufgeführten Straßen, Wege, Anlagen und Plätze zu den Sperrbezirken, soweit sie diese begrenzen. Das gleiche gilt für die außerhalb der Sperrbezirke liegenden Grundstücke, die an die aufgeführten Straßen, Wege, Anlagen oder Plätze angrenzen oder über sie mittelbar erschlossen werden. Grundstücke werden über diejenigen Straßen, Wege, Anlagen und Plätze mittelbar erschlossen, zu denen über dazwischen liegende Grundstücke in rechtlich zulässiger Weise Zugang oder Zufahrt genommen werden darf oder sie im Wege der mittelbaren Erschließung einsehbar sind.

(2) Die Sperrbezirke nach § 2 sind in sieben Karten im Maßstab von 1:30 000 als rot unterlegte Gebiete dargestellt. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Die Sperrbezirke nach § 2 Nummer 1, 2, 6, 7, 10 und 11 sind auf Karte 1, der Sperrbezirk nach § 2 Nummer 21 auf Karte 2, die Sperrbezirke nach § 2 Nr. 8, 9, 22, 23, 24 und 25 auf Karte 3, die Sperrbezirke nach § 2 Nummer 12, 26 und 27 auf Karte 4, die Sperrbezirke nach § 2 Nummer 3, 4, 13 und 14 auf Karte 5,

die Sperrbezirke nach § 2 Nummer 5, 15, 16, 17, und 18 auf Karte 6 sowie die Sperrbezirke nach § 2 Nummer 19 und 20 auf Karte 7 dargestellt. Bei Abweichungen der bildlichen Darstellung von der verbalen Grenzbeschreibung bleibt die verbale Grenzbeschreibung maßgebend.

(3) Die Verordnung mit Karten ist eine Woche nach Verkündung dieser Verordnung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bei der Landesdirektion Sachsen in deren Dienststelle Leipzig, sowie bei der Stadt Leipzig dauerhaft zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt:

- Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig,
- Stadt Leipzig, Ordnungsamt, Prager Straße 118-136, 04317 Leipzig

§ 4

Übriges Stadtgebiet

(1) Im übrigen Stadtgebiet der Stadt Leipzig ist es verboten, der Straßenprostitution nachzugehen oder diese anzubahnen.

§ 5

Zu widerhandlungen

(1) Nach § 120 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 15 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist, kann mit Geldbuße belegt werden, wer einem durch die §§ 1 bis 10 dieser Verordnung erlassenen Verbot, der Prostitution an bestimmten Orten überhaupt oder zu bestimmten Tageszeiten nachzugehen, zu widerhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1 000 Euro geahndet werden.

(2) Die §§ 184f und 184g des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (BGBl. I S. 844) geändert worden ist, bleiben unberührt.

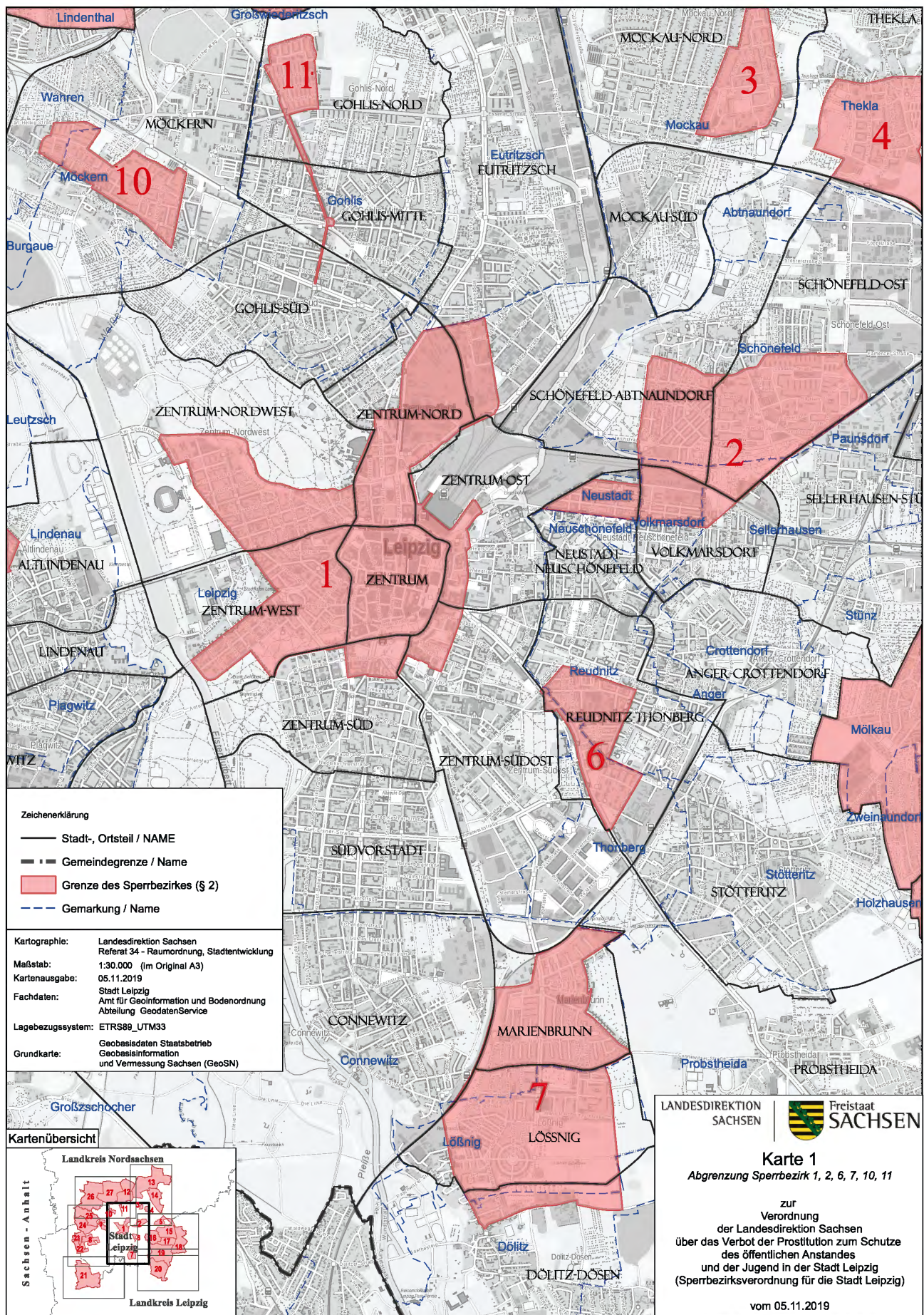
§ 6

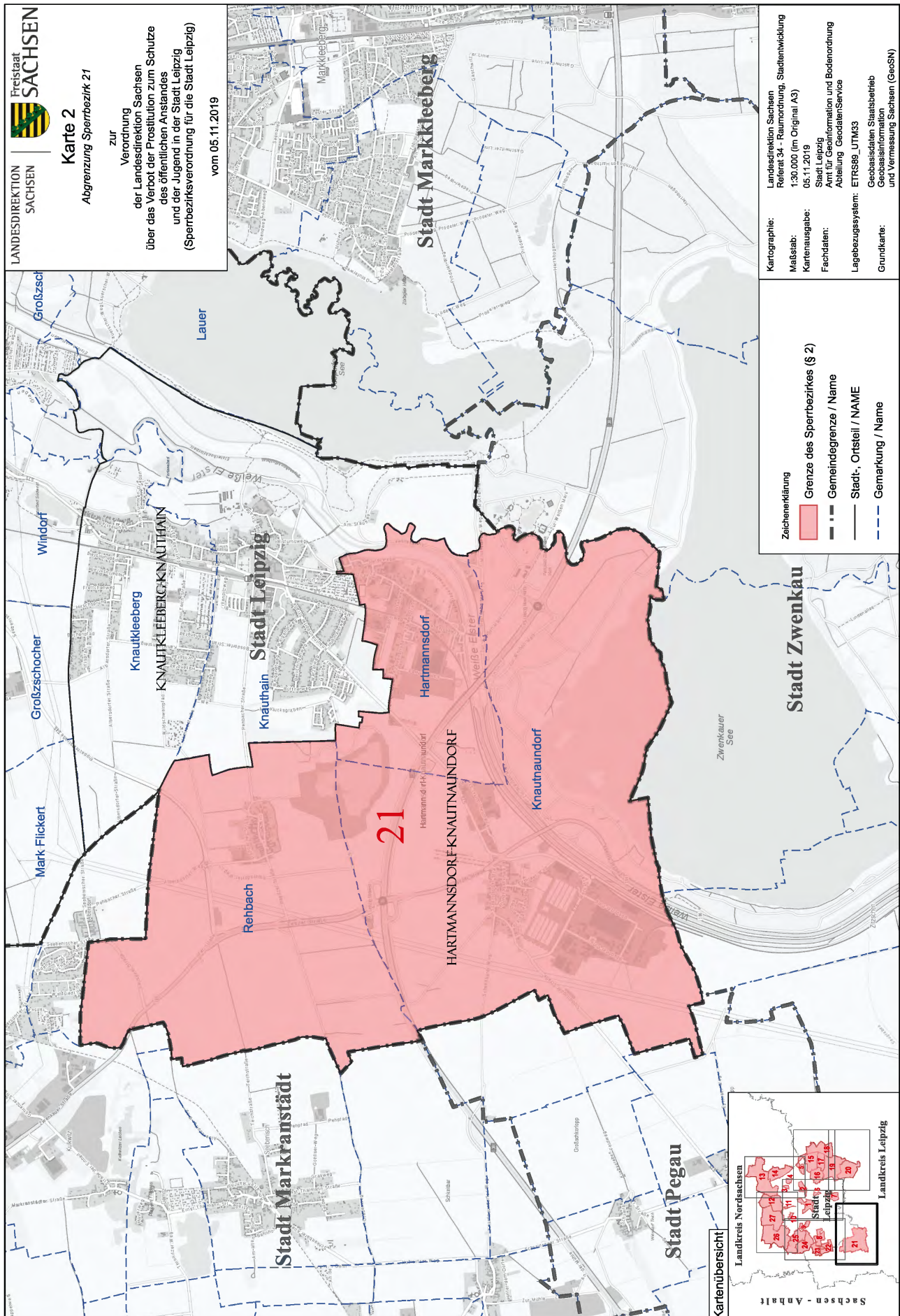
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

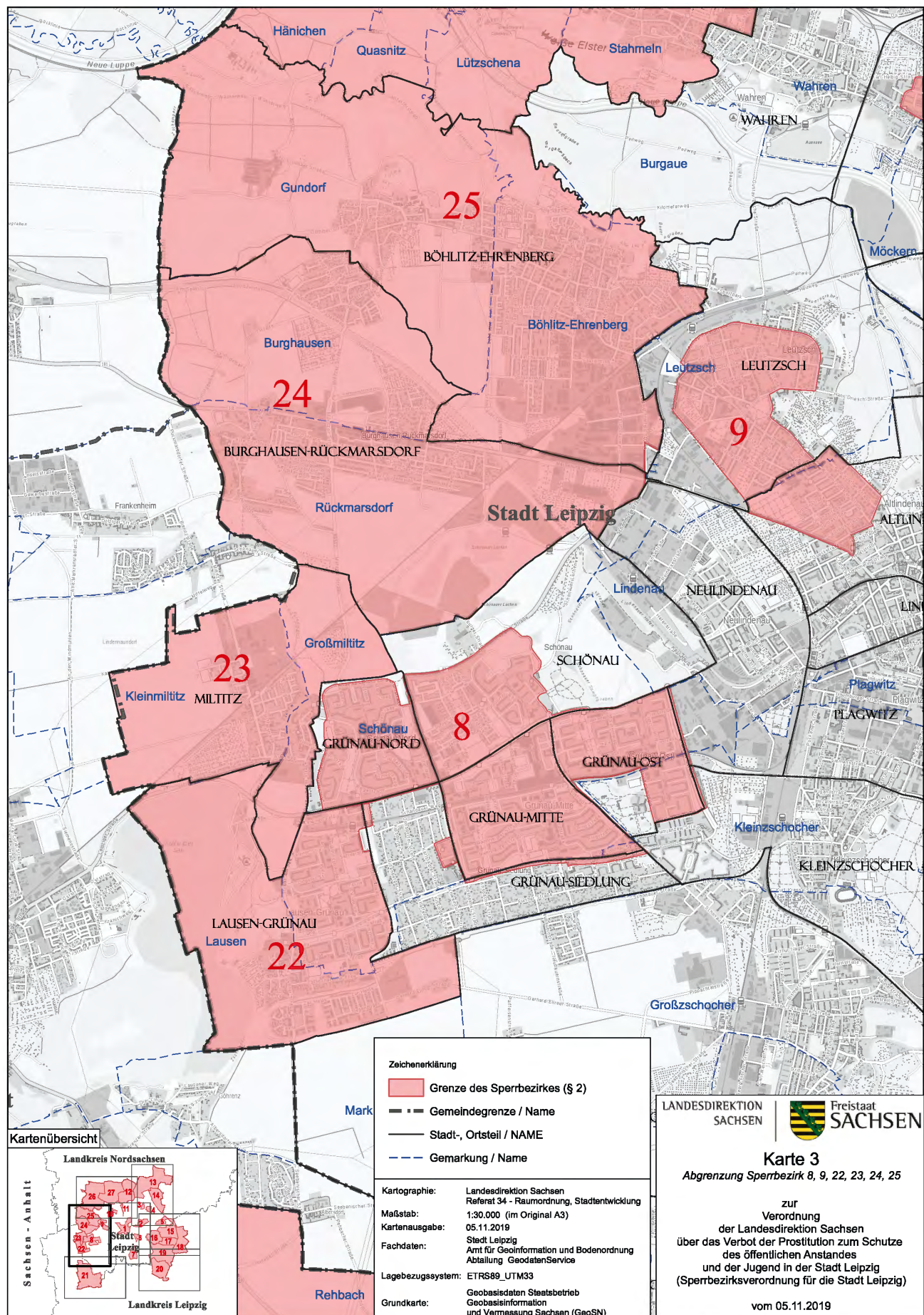
Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Sperrbezirksverordnung des Regierungspräsidiums Leipzig über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend der Stadt Leipzig (Sperrbezirksverordnung) vom 1. Dezember 2000 (SächsABl. 2001 S. 24) außer Kraft.

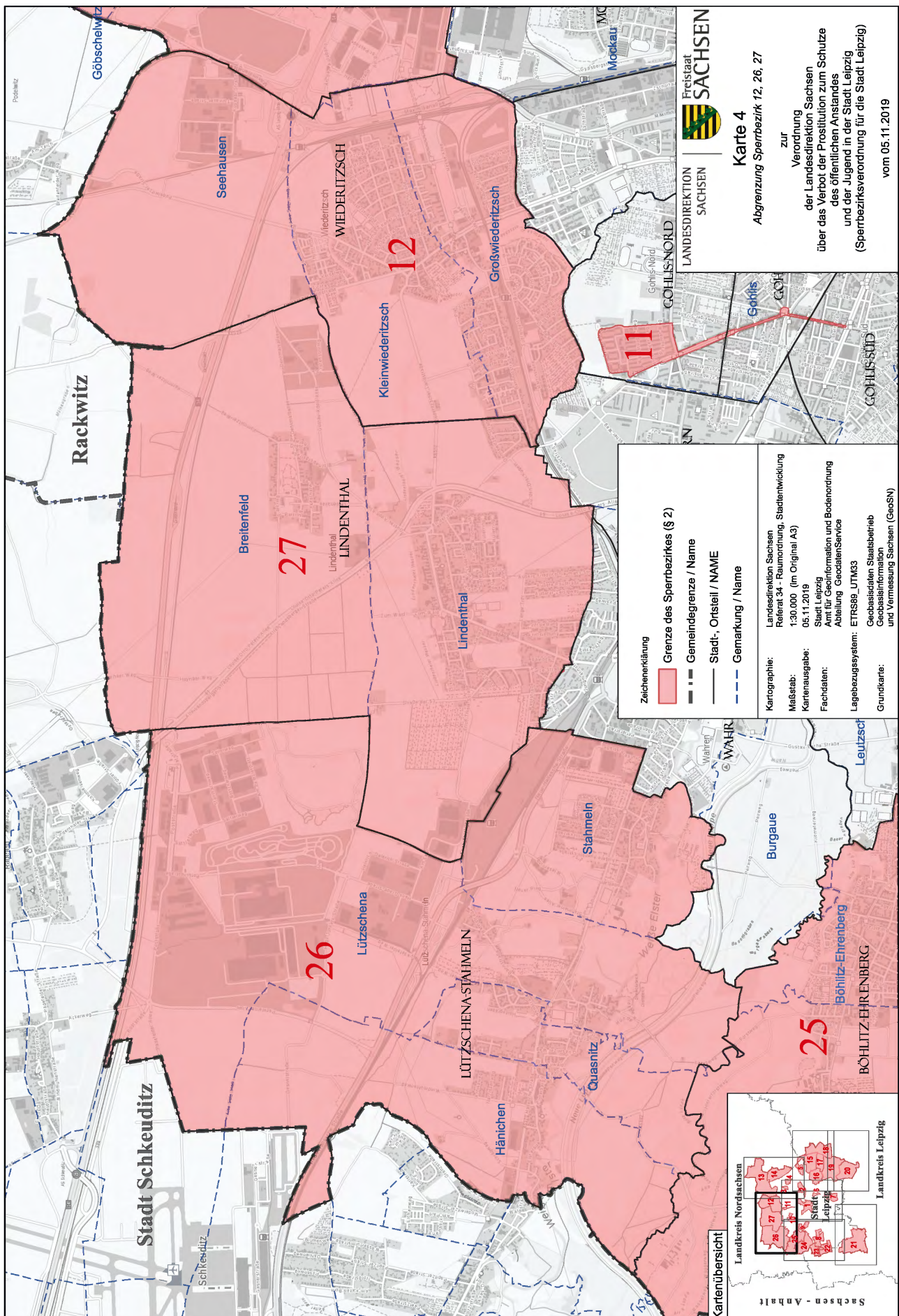
Chemnitz, den 5. November 2019

Landesdirektion Sachsen
Gökelmann
Präsident

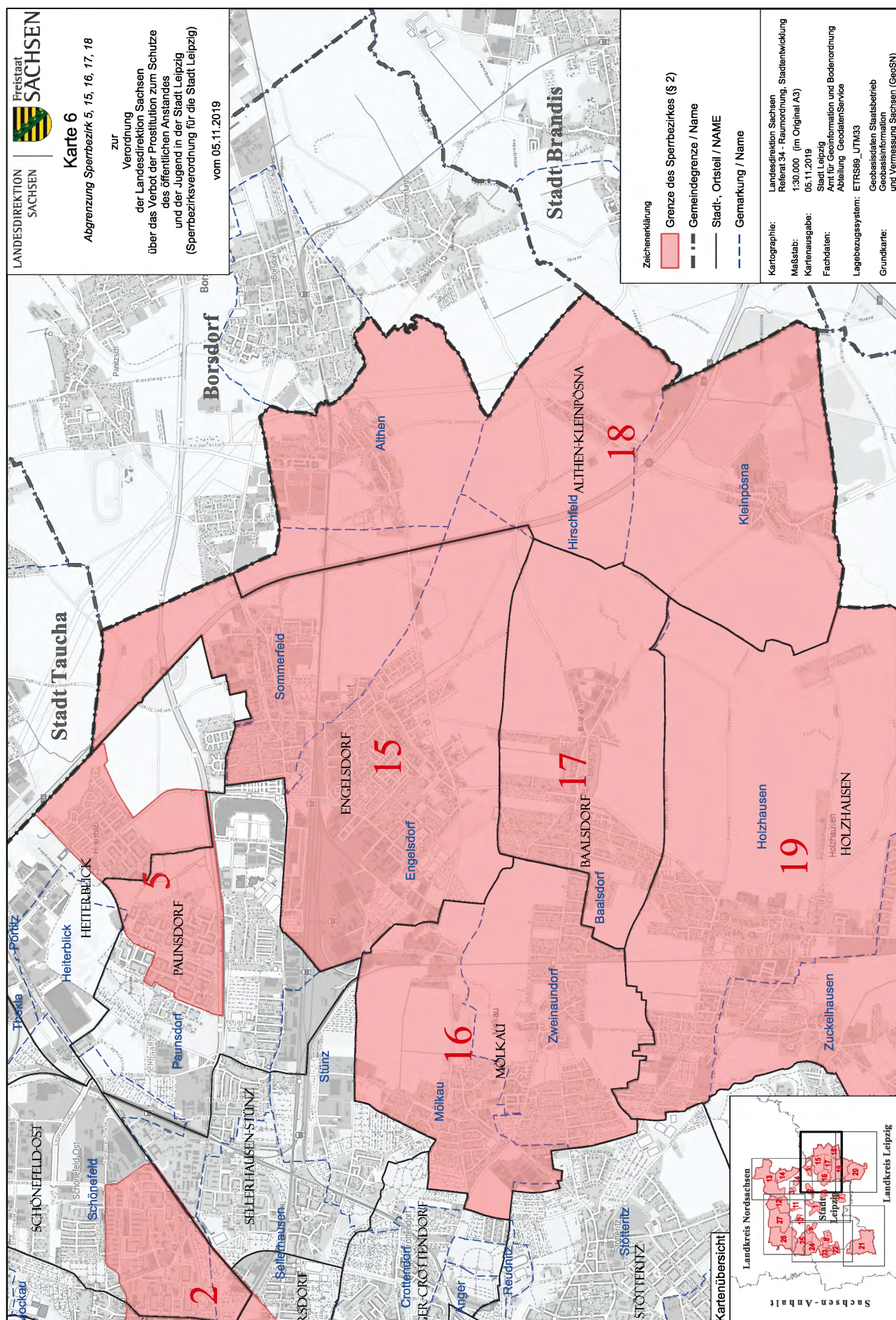














**Verordnung
der Landesdirektion Sachsen
über das Verbot der Prostitution
zum Schutze des öffentlichen Anstandes
und der Jugend in Zwickau
(Sperrbezirksverordnung Zwickau)**

Vom 5. November 2019

Aufgrund von Artikel 297 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 sowie Absatz 2 des Einführungs-gesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469; 1975 I S. 1916; 1976 I S. 507), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1612) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über das Verbot der Prostitution vom 10. September 1991 (SächsGVBl. S. 351), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 1. März 2012 (SächsGVBl. S. 157) geändert worden ist, wird verordnet:

§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Prostitution im Sinne dieser Verordnung ist die Erbringung einer sexuellen Dienstleistung gegen Entgelt. Eine sexuelle Dienstleistung ist eine sexuelle Handlung mindestens einer Person an oder vor mindestens einer anderen unmittelbar anwesenden Person gegen Entgelt oder das Zulassen einer sexuellen Handlung an oder vor der eigenen Person gegen Entgelt. Keine sexuellen Dienstleistungen sind Vorführungen mit ausschließlich darstellerischem Charakter, bei denen keine weitere der anwesenden Personen sexuell aktiv einbezogen ist. Prostituierte im Sinne dieser Verordnung sind Personen, die sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt erbringen. Anbahnung ist die unmittelbare Werbung oder Vermittlung der sexuellen Dienstleistung.

(2) Prostitution im Sinne des Absatzes 1 umfasst insbesondere Straßenprostitution, Prostitution in ortsfesten Einrichtungen aller Art (unter anderem Wohnungs- und Bordellprostitution) sowie Prostitution in mobilen Einrichtungen (zum Beispiel Prostitutionsfahrzeuge).

- a) Straßenprostitution ist die Anbahnung und das Nachgehen der Prostitution auf öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen, Anlagen und an sonstigen Orten, die von dort aus eingesehen werden können. Hiervon umfasst sind beispielsweise Verkehrsmittel und deren Haltestellen, Parkanlagen, Gärten, Höfe, Hauseingänge, Treppenhäuser, Bedürfnisanstalten, Brücken, Ruinen, Durchgänge sowie Unterführungen, soweit diese Örtlichkeiten öffentlich sind oder von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen oder Anlagen eingesehen werden können.
- b) Bordellprostitution umfasst die Prostitution und deren Anbahnung in Prostituiertenwohnheimen, Prostituiertenunterkünften und sonstigen überwiegend von mehreren Prostituierten genutzten Gebäuden, Gebäudeteilen und Einrichtungen sowie vergleichbare Erscheinungsformen, wie zum Beispiel sogenannte Massagesalons, in denen auch sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt angeboten werden.
- c) Wohnungsprostitution ist die Prostitution und deren Anbahnung in der von einer oder mehreren Prostituierten überwiegend zum Wohnen genutzten Wohnung sowie vergleichbare Erscheinungsformen.

- d) Prostitutionsfahrzeuge sind Kraftfahrzeuge, Fahrzeuganhänger und andere mobile Anlagen, die zur Erbringung sexueller Dienstleistungen.

§ 2

Sperrbezirke

In der Stadt Zwickau ist jede Form der Prostitution und deren Anbahnung im Freien, in ortsfesten oder beweglichen Einrichtungen aller Art innerhalb der wie folgt begrenzten Gebiete verboten (Sperrbezirke):

- 1. Stadtzentrum
Gesamter Bereich innerhalb des Gebietes entlang der Zwickauer Mulde von der Eckersbacher Brücke bis zur Reinsdorfer Industriebahn, entlang der Reinsdorfer Industriebahn bis zur Planitzer Straße, entlang der Planitzer Straße bis zur Kreuzung mit der Eisenbahnlinie zwischen Zwickau-Hauptbahnhof und Haltepunkt Zwickau-Schedewitz, entlang dieser Eisenbahnlinie bis zur östlichen Gebäudemauer des Hauptbahnhofes, entlang der östlichen Gebäudemauer des Hauptbahnhofes bis zur Eisenbahnlinie zwischen Zwickau-Hauptbahnhof und Haltepunkt Zwickau-Pölbitz, entlang dieser Eisenbahnlinie bis zur Kreuzung mit der Werdauer Straße, die Werdauer Straße bis zur Hausnummer 38 A, östlich der Werdauer Straße 38 A bis zur Carolastraße 34, nördlich der Carolastraße 34 und der Konradstraße 14 und der Crimmitschauer Straße 15 bis zur Crimmitschauer Straße, Crimmitschauer Straße bis zur Kolpingstraße, die Kolpingstraße bis zur Eckersbacher Brücke.
- 2. Wohngebiet Eckersbach
Gesamter Bereich innerhalb des Gebietes entlang der Scheffelstraße, Amseltal, Trillerplatz, Mülsener Straße bis zur Paul-Fleming-Straße, entlang der Paul-Fleming-Straße bis zur Karl-Marx-Straße, entlang der Karl-Marx-Straße bis zur Ernst-Thälmann-Straße, entlang der Ernst-Thälmann-Straße bis zur Auerbacher Straße, entlang der Auerbacher Straße bis zur Thurmer Straße, entlang der Thurmer Straße bis zur Uferstraße, entlang der Uferstraße bis zur Erlmühlenstraße, entlang der Erlmühlenstraße bis zur Scheffelstraße.
- 3. Wohngebiet Planitz
Gesamter Bereich innerhalb des Gebietes entlang der Neuplanitzer Straße bis zum Stenner Marktsteig, entlang des Stenner Marktsteig bis zum Verbindungsweg zur Jabloncer Straße, entlang des Verbindungsweges bis zur Jabloncer Straße, entlang der Jabloncer Straße bis zur Dortmunder Straße, entlang der Dortmunder Straße bis zur Zaanstader Straße, entlang der Zaanstader Straße bis zum Findeisenweg, entlang des Findeisenweges bis zur Rudolf-Breitscheid-Straße, entlang der Rudolf-Breitscheid-Straße bis zur Adam-Ries-Straße, entlang der Adam-Ries-Straße bis zur Beethovenstraße, entlang der Beethovenstraße bis zur Kantstraße, entlang der Kantstraße bis zur Inneren Zwickauer Straße, entlang der Inneren Zwickauer Straße

bis zur Hausnummer 8 G, weiter entlang des Marktsteiges bis zur Kreuzung mit der Straßenbahntrasse nach Neuplanitz, entlang der Straßenbahntrasse nach Neuplanitz bis zur Erich-Mühsam-Straße (einschließlich Hausnummern 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92), entlang der Erich-Mühsam-Straße zur Neuplanitzer Straße.

4. Wohngebiet Marienthal

Gesamter Bereich innerhalb des Gebietes entlang der Waldstraße bis zur Heinrich-Braun-Straße, entlang der Heinrich-Braun-Straße bis zum Ahornweg, entlang des Ahornweges bis zur Werdauer Straße, entlang der Werdauer Straße bis zur Mommsenstraße, entlang der Mommsenstraße bis zur Windbergstraße, entlang der Windbergstraße bis zur Julius-Seifert-Straße, entlang der Julius-Seifert-Straße bis zur Döhnerstraße, entlang der Döhnerstraße bis zur Antonstraße, entlang der Antonstraße bis zur Marienthaler Straße, entlang der Marienthaler Straße bis zur Karl-Keil-Straße, entlang der Karl-Keil-Straße bis zur Waldstraße.

§ 3

**Abgrenzung des Sperrbezirkes
und kartografische Darstellung**

(1) Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, gehören die aufgeführten Straßen, Wege, Anlagen und Plätze zu den Sperrbezirken, soweit sie diese begrenzen. Das gleiche gilt für die außerhalb der Sperrbezirke liegenden Grundstücke, die an die aufgeführten Straßen, Wege, Anlagen oder Plätze angrenzen oder über sie mittelbar erschlossen werden. Grundstücke werden über diejenigen Straßen, Wege, Anlagen und Plätze mittelbar erschlossen, zu denen über dazwischen liegende Grundstücke in rechtlich zulässiger Weise Zugang oder Zufahrt genommen werden darf oder sie im Wege der mittelbaren Erschließung einsehbar sind.

(2) Die Sperrbezirke nach § 2 sind in einer Karte im Maßstab von 1:25 000 als rot unterlegte Fläche dargestellt. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Bei Abweichungen der bildlichen Darstellung von der verbalen Grenzbeschreibung bleibt die verbale Grenzbeschreibung maßgebend.

(3) Diese Verordnung ist eine Woche nach Verkündung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bei der Landesdirektion Sachsen in deren Dienststelle Leipzig sowie bei

der Stadt Zwickau dauerhaft zur kostenlosen Einsicht während der Sprechzeiten niedergelegt:

- Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig,
- Stadt Zwickau, Ordnungsamt, Werdauer Straße 62, 08056 Zwickau.

§ 4

Übriges Stadtgebiet

Im übrigen Stadtgebiet der Stadt Zwickau ist es verboten, der Straßenprostitution nachzugehen oder diese anzubahnen.

§ 5

Zu widerhandlungen

(1) Nach § 120 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 15 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) geändert worden ist, kann mit Geldbuße belegt werden, wer einem durch die §§ 1 bis 10 dieser Verordnung erlassenen Verbot, der Prostitution an bestimmten Orten überhaupt oder zu bestimmten Tageszeiten nachzugehen, zu widerhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1 000 Euro geahndet werden.

(2) Die §§ 184f und 184g des Strafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (BGBl. I S. 844) geändert worden ist, bleiben unberührt.

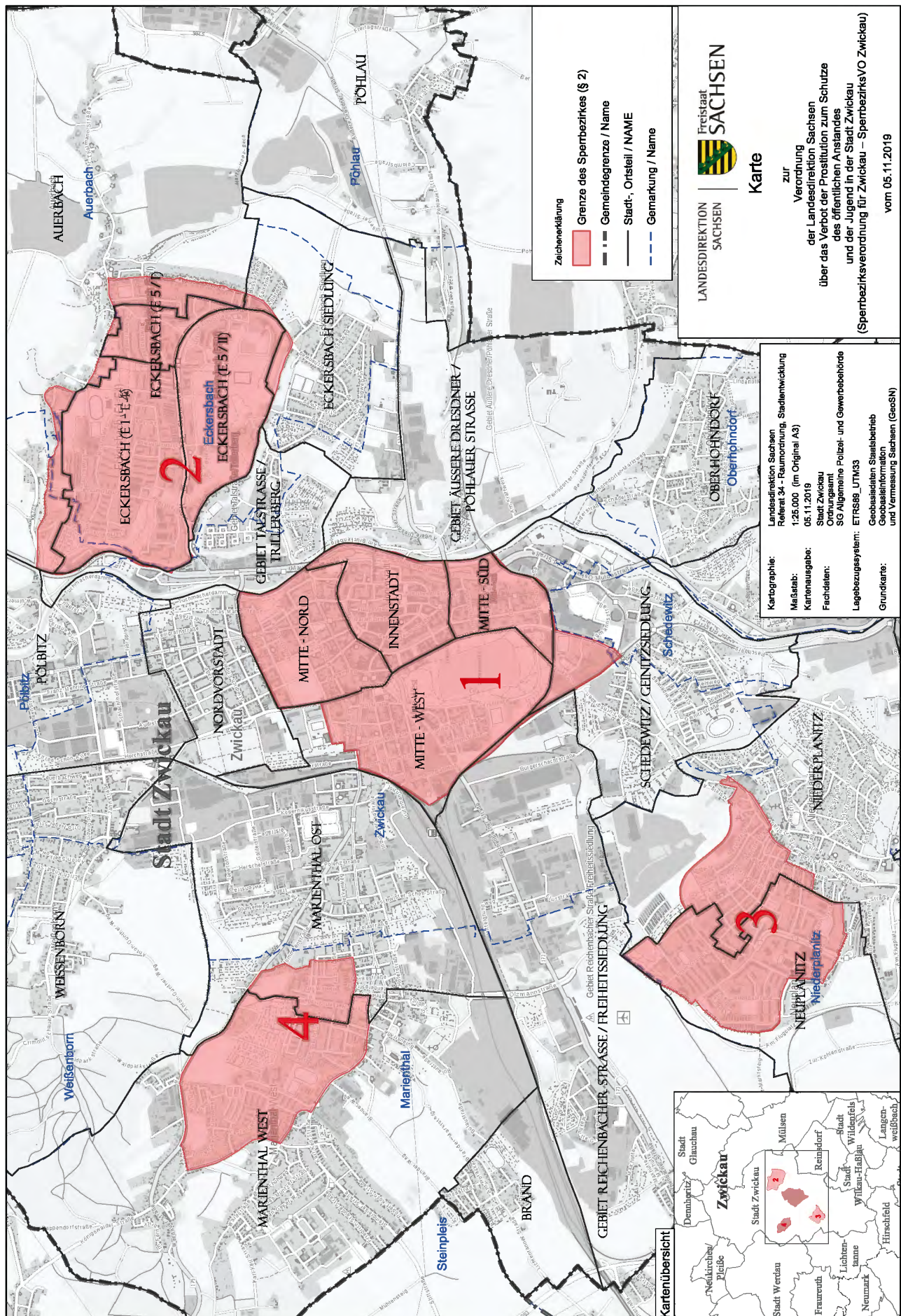
§ 6

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz über das Verbot der Prostitution zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes in Zwickau vom 5. November 1997 (SächsGVBl. S. 651), die zuletzt durch die Verordnung des Regierungspräsidiums Chemnitz vom 17. Januar 2002 (SächsGVBl. S. 98) geändert worden ist, außer Kraft.

Chemnitz, den 5. November 2019

Landesdirektion Sachsen
Gökelmann
Präsident



**Verordnung
der Landesdirektion Sachsen
zur Aufhebung der Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden
über das Verbot der Prostitution
zum Schutze des öffentlichen Anstandes
und der Jugend in der Stadt Hoyerswerda**

Vom 7. November 2019

Aufgrund von Artikel 297 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2 und 3 sowie Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469; 1975 I S. 1916; 1976 I S. 507), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2017 (BGBl. I S. 1612) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über das Verbot der Prostitution vom 10. September 1991 (SächsGVBl. S. 351), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 1. März 2012 (SächsGVBl. S. 157) geändert worden ist, wird verordnet:

§ 1

Die Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in der Stadt Hoyerswerda vom 28. März 1995 (SächsGVBl. S. 151) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Chemnitz, den 7. November 2019

Landesdirektion Sachsen
Gökelmann
Präsident

Verordnung des Landratsamtes Nordsachsen zur Änderung der Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Endmoränenlandschaft zwischen Taucha und Eilenburg“

Vom 26. September 2019

Aufgrund von § 20 Absatz 2 Nummer 4, § 26 und § 22 Absatz 2 Satz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist, in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Nummer 1 des Bundesnaturschutzgesetzes sowie § 13 des Sächsischen Naturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 47 Absatz 1, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 4 und § 46 Absatz 1 Nummer 3 und § 20 des Sächsischen Naturschutzgesetzes wird durch das Landratsamt Nordsachsen verordnet:

§ 1

Erklärung zum Ausgliederungsgebiet

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der

Gemeinde: Jesewitz

Gemarkung: Jesewitz

Landkreis: Nordsachsen

werden aus dem Landschaftsschutzgebiet „Endmoränenlandschaft zwischen Taucha und Eilenburg“ – festgesetzt durch Verordnung des Landratsamtes Delitzsch vom 7. Dezember 2005 – ausgegliedert.

§ 2

Ausgliederungsgegenstand

(1) Ausgliederungsgegenstand ist in der Gemarkung Jesewitz, Flur 3 ein Teil des Flurstückes 48/9 in einer Größe von insgesamt circa 1 282 m².

(2) Die ausgegliederte Fläche ist in einer Übersichtskarte des Landratsamtes Nordsachsen vom 26. September 2019 im Maßstab 1:10 000 (Anlage 1) und in einer Liegenschaftskarte des Landratsamtes Nordsachsen vom 26. September 2019 im Maßstab 1:1 000 (Anlage 2) rot umgrenzt und schraffiert dargestellt. Maßgebend für den Grenzverlauf ist die Linienaußenkante der Grenzeintragung auf der Liegenschaftskarte. Die Karten sind Bestandteil der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Karten wird beim Landratsamt Nordsachsen, Verwaltungsstandort Eilenburg, in 04838 Eilenburg, Dr.-Belian-Straße 4, Zimmer 268 auf die Dauer von zwei Wochen nach der Verkündung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(4) Die Verordnung mit Karten ist nach Ablauf der Auslegungsfrist bei der in Absatz 3 näher bezeichneten Stelle zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 2 Absatz 3 in Kraft.

Torgau, den 26. September 2019

Landratsamt Nordsachsen
Dr. Rexroth
1. Beigeordneter

Verordnung des Landratsamtes Görlitz zur Erklärung von geologischen Naturdenkmälern im Landkreis Görlitz (VO geol ND)

Vom 10. Oktober 2019

Aufgrund von

1. § 22 Absatz 1 und § 28 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden ist,
 2. § 18, § 20 Absatz 3, § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 48 Absatz 4 des Sächsischen Naturschutzgesetzes vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist,
 3. § 20 Absatz 4 des Sächsischen Jagdgesetzes vom 8. Juni 2012 (SächsGVBl. S. 308), das durch das Gesetz vom 31. Januar 2018 (SächsGVBl. S. 21) geändert worden ist, und
 4. § 30 Absatz 1 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358) geändert worden ist,
- wird im Einvernehmen mit der unteren Jagdbehörde und im Benehmen mit der unteren Forstbehörde verordnet:

§ 1

Erklärung zu geologischen Naturdenkmälern

Die in der Anlage 1 zu dieser Verordnung näher bezeichneten Einzelschöpfungen der Natur auf dem Gebiet des Landkreises Görlitz werden zu geologischen Naturdenkmälern erklärt. Die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Schutzzweck und Schutzgegenstand

(1) Die jeweiligen Schutzzwecke und Schutzgegenstände sind in der Anlage 1 zu dieser Verordnung für jedes Naturdenkmal einzeln beschrieben.

(2) Die Lage der Naturdenkmäler ist in topografischen Übersichtskarten des Landratsamtes Görlitz im Maßstab 1:5 000 oder 1:10 000 (Anlage 2 mit 26 Blatt) und in Übersichtskarten mit Auszug aus dem Liegenschaftskataster des Landratsamtes Görlitz in den Maßstäben 1:1 000, 1:2 000 oder 1:2 500 (Anlage 3 mit 27 Blatt) mit einer violettfarbenen Strich-Punkt-Linie eingetragen. Verläuft die Schutzgebietsgrenze entlang von Wegen, befinden sich diese außerhalb des Geltungsbereichs der Verordnung. Die Anlagen 2 und 3 sind Bestandteile der Verordnung.

(3) Die Verordnung mit Anlagen wird beim Landratsamt Görlitz, Umweltamt, Untere Naturschutzbehörde, Zimmer 1020, Georgewitzer Straße 52 in 02708 Löbau für die Dauer von zwei Wochen nach Verkündung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(4) Die Verordnung mit Anlagen ist während ihrer Geltung beim Landratsamt Görlitz zur kostenlosen Einsichtnahme während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 3

Verbote

(1) Die Beseitigung der Naturdenkmäler sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung der Naturdenkmäler führen können, sind verboten.

(2) Insbesondere ist verboten

1. bauliche Anlagen im Sinne der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706) geändert worden ist, zu errichten, abzubringen oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung bedarf;
2. Straßen, Wege, einschließlich Wander- und Fahrradwege, Steige, Pfade, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen neu anzulegen, neu auszuweisen oder wesentlich zu ändern;
3. Leitungen oberirdisch oder unterirdisch zu verlegen oder Anlagen dieser zu verändern;
4. Gesteinsbereiche außerhalb markierter Wege zu betreten, zu befahren oder an ihnen zu klettern;
5. Gesteine, Gesteinsteile, Mineralien oder Fossilien zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
6. Handlungen vorzunehmen, die das Relief, den Boden oder die Gesteinsbildungen verunreinigen oder in ihrer Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändern oder verändern können, insbesondere durch Bohrungen oder Sprengungen sowie Aufschüttungen, Abgrabungen, Auffüllungen oder Ablagerungen;
7. auf den vorhandenen Wegen mit motorisierten Fahrzeugen zu fahren;
8. in den geschützten Bereichen Gegenstände jeglicher Art anzubringen, aufzustellen oder abzustellen oder in sonstiger Weise zu lagern;
9. Feuerstellen dauerhaft neu anzulegen;
10. Plakate, Bildtafeln oder Schrifftafeln ohne Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde aufzustellen oder anzubringen;
11. Gegenstände oder Einrichtungen zu zerstören, die der Ausschilderung oder speziellen Schutzvorkehrungen dienen;
12. zu zelten, zu lagern, auch zu boofen, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufzustellen oder sonstige Fahrzeuge abzustellen oder
13. die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art zu ändern, welche dem jeweiligen Schutzzweck zuwiderläuft.

§ 4 Zulässige Handlungen

§ 3 gilt nicht für

1. die sonstige bisher rechtmäßig ausgeübte und dem Schutzzweck entsprechende Nutzung der Grundstücke, Straßen und Wege sowie der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen und Anlagen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Erhaltung;
2. die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzung sowie für die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd;
3. die Änderung vorhandener baulicher Anlagen nach Genehmigung durch die zuständige Behörde;
4. Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die entweder unaufschiebbar oder nach Genehmigung durch die zuständige Naturschutzbehörde zulässig sind;
5. nicht aufschiebbare Handlungen zum Schutz der Bevölkerung und zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben von Menschen sowie zum Schutz erheblicher Sachwerte und von Tieren;
6. Erkundungsarbeiten, Sicherungsarbeiten und Verwahrungsarbeiten an Altbergbauobjekten sowie Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch bergbauliche Einwirkungen;
7. Maßnahmen der Bundespolizei, der Zollverwaltung, der Landespolizei und der Feuerwehr im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse;
8. Pflegemaßnahmen, die von der zuständigen Naturschutzbehörde angeordnet oder von ihr beauftragten Stellen durchgeführt werden;
9. von der zuständigen Naturschutzbehörde angeordnete oder von ihr genehmigte wissenschaftliche, naturgeschichtliche oder landeskundliche Untersuchungen oder Erhebungen sowie
10. das Anbringen behördlich angeordneter oder mit Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde zugelassener Kennzeichen oder Beschilderungen.

§ 5 Befreiung

(1) Von den Geboten und Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Behörde nach den Vorschriften des § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes in Verbindung mit § 39 des Sächsischen Naturschutzgesetzes auf Antrag eine Befreiung schriftlich erteilen.

(2) Ist eine Handlung gemäß § 4 nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde zulässig, so ist sie zu erteilen, wenn die Handlung dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, wenn dadurch die Vereinbarkeit mit dem Schutzzweck erreicht wird. Die Genehmigung wird durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt. Die Gestattung darf nur erteilt werden, wenn die zuständige Naturschutzbehörde ihr Einvernehmen erklärt hat.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt, wer im Bereich der Naturdenkmäler vorsätzlich oder fahrlässig Handlungen vornimmt, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals oder seiner Bestandteile oder zu nachhaltigen Störungen führen können.

(2) Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Bereich der Naturdenkmäler

1. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 1 bauliche Anlagen errichtet, abbricht oder der Errichtung gleichgestellter Maßnahmen durchführt;
2. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 2 Straßen, Wege, einschließlich Wander- und Fahrradwege, Steige, Pfade, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen neu anlegt, neu ausweist oder wesentlich ändert;
3. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 3 Leitungen oberirdisch oder unterirdisch verlegt oder Anlagen dieser verändert;
4. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 4 Gesteinsbereiche außerhalb der markierten Wege betritt, befährt oder an ihnen klettert;
5. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 5 Gesteine, Gesteins- teile, Mineralien oder Fossilien entnimmt oder zerstört;
6. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 6 Handlungen vornimmt, die das Relief, den Boden oder die Gesteinsbildungen verunreinigt oder in ihrer Gestalt, Struktur oder Beschaffenheit verändert, insbesondere durch Bohrungen oder Sprengungen sowie Aufschüttungen, Abgrabungen, Auffüllungen oder Ablagerungen;
7. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 7 auf den vorhandenen markierten Wegen mit motorisierten Fahrzeugen fährt;
8. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 8 in den geschützten Bereichen Gegenstände jeglicher Art anbringt, aufstellt beziehungsweise abstellt oder in sonstiger Weise lagert;
9. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 9 Feuerstellen dauerhaft neu anlegt;
10. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 10 Plakate, Bildtafeln oder Schrifftafeln ohne Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde aufstellt oder anbringt;
11. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 11 Gegenstände oder Einrichtungen zerstört, die der Ausschilderung oder speziellen Schutzvorkehrungen dienen;
12. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 12 zeltet, lagert, auch booft, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufstellt oder sonstige Fahrzeuge abstellt oder
13. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 13 die bisherige Grundstücksnutzung in einer Art ändert, welche dem jeweiligen Schutzzweck zuwiderläuft.

(3) Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Bereich der Naturdenkmäler

1. entgegen § 4 Nummer 3 ohne Genehmigung der zuständigen Behörde vorhandene bauliche Anlagen ändert oder
2. entgegen § 4 Nummer 9 wissenschaftliche, naturgeschichtliche oder landeskundliche Untersuchungen oder Erhebungen ohne Genehmigung der zuständigen Naturschutzbehörde durchführt.

(4) Ordnungswidrig im Sinne von § 49 Absatz 1 Nummer 1 des Sächsischen Naturschutzgesetzes handelt des Weiteren, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Nebenbestimmung zuwiderhandelt, mit der eine nach § 5 erteilte Befreiung oder Genehmigung versehen worden ist.

(5) Ordnungswidrigkeiten nach dieser Verordnung können mit einer Geldbuße geahndet werden

1. im Falle von Absatz 1 bis zu 50 000 Euro und
 2. in den übrigen Fällen bis zu 15 000 Euro.
- Das Höchstmaß verringert sich bei Fahrlässigkeit auf die Hälfte.

§ 7**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 2 Absatz 3 dieser Verordnung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Verordnung der Preußischen Regierung zu Liegnitz über die Sicherung von Naturdenkmälern im Landkreise Görlitz vom 3. Oktober 1934, die Nachtragsverordnung der Preußischen Regierung zu Liegnitz vom 25. Februar 1939, die Nachtragsverordnung der Preußischen

Regierung zu Liegnitz vom 1. Juni 1939 und der Beschluss Nummer 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978, soweit sie für die in der Anlage 1 aufgeführten Naturdenkmäler gelten, außer Kraft.

(3) Ebenso treten die für die in der Anlage 4 bezeichneten Naturdenkmäler geltenden Verordnungen und Beschlüsse außer Kraft.

Die Anlage 4 ist Bestandteil dieser Verordnung.

Görlitz, den 10. Oktober 2019

Landratsamt Görlitz
Lange
Landrat

Anlage 1
zur Verordnung zur Erklärung von geologischen Naturdenkmälern im Landkreis Görlitz (VO geol ND) vom 10. Oktober 2019

lfd. Nr.	Bezeichnung des Naturdenkmals	Gemeinde	Gemarkung und Flur; Flurstücks-Nr.	Schutzgegenstand	Schutzzweck gemäß § 2 der Verordnung
01	Eisberg bei Großhennersdorf	Herrnhut	Großhennersdorf; Fl.-Nr. 1529 (tw.) und 1532 (tw.)	Gipfel und auflässiger Steinbruch mit einem Maar-Diatrem-Vulkan	Erhaltung der Maarvulkanstruktur, die einen Einblick in die tieferen Zonen eines Vulkans ermöglicht. Dieser Aufschluss ist national bedeutsam.
02	Steinernes Meer am Großen Berg	Herrnhut	Großhennersdorf; Fl.-Nr. 1078/2 (tw.), 1105/8 (tw.) und 1126 (tw.)	Basaltisches Blockmeer am Westhang des Großen Berges bei Großhennersdorf	Erhaltung des offenen Basalt-Blockmeeres als Zeugnis quartärer Abtragungen.
03	Braunkohlenflözaustritt Sandförsigen	Hohendubrau	Gebelzig Flur 1; Fl.-Nr. 144/1 (tw.)	Braunkohlenflözaustritt am Unterhang einer Hochfläche	Erhaltung eines gut erhaltenen Mundloches einer extensiv genutzten Braunkohlenabbaustätte mit ausstreichendem Kohleflöz am Unterhang einer Hochfläche.
04	Steinbruch am Weinberg Horka	Horka	Horka Flur 3; Fl.-Nr. 128 (tw.) und 129 (tw.)	Aufgelassener Steinbruch mit andesitischem Effusivgestein (Porphyrit)	Erhaltung eines Steinbruchs mit andesitischem Effusivgestein (früher als Porphyrit bezeichnet), der stratigraphisch dem Permiosiles zugeordnet wird, als regional bedeutsamer Zeuge der erdgeschichtlichen Entwicklung.
05	Gipfel des Schoorsteins	Kodersdorf	Kodersdorf Flur 23; Fl.-Nr. 117 (tw.) und 118	Granitverwitterungsfelsen und zwei Granitsteinbrüche mit naturnahem Waldbestand	Erhaltung des Granitfelsens und der beiden wassergefüllten Granitsteinbrüche als Zeugnis der natürlichen und durch menschliche Abbautätigkeit beeinflussten Landschaftsentwicklung.
06	Gipfel und Felsgebilde am Rabenstein	Kodersdorf	Kodersdorf Flur 23; Fl.-Nr. 29 (tw.) und 131 (tw.)	Gipfel des Rabensteins und Felsgebilde aus Königshainer Granit in unmittelbarer Gipfelnähe	Erhaltung des Gipfels aus quartärem Abtragungsschutt und des in unmittelbarer Nähe befindlichen Felsgebildes mit typischer Granitverwitterungsform (Wollsack- oder Matratzenverwitterung) und naturnaher Traubeneichen-(Kiefer)-Buchenwald-Bestockung.
07	Quirlberg bei Wiesa	Kodersdorf	Kodersdorf Flur 24; Fl.-Nr. 134 (tw.)	Klippen und Restlöcher am Quirlberg mit mittel- bis feinkörnigem, hornblendeführendem Biotitgranodiorit	Erhaltung der Klippen und aufgelassenen Restlöcher am Südhang des Quirlberges Wiesa mit anstehendem mittel- bis feinkörnigem, hornblendeführendem Biotitgranodiorit, der als variszischer Plutonit einzustufen ist.
08	Silberberg bei Wiesa	Kodersdorf	Kodersdorf Flur 23; Fl.-Nr. 36 (tw.) und 116/1 (tw.)	Granitfelsen mit dünnplattiger Verwitterungsform	Erhaltung mehrerer Granitfelsen mit typischer dünnplattiger Verwitterungsform als geologische Besonderheit und Zeugen der erdgeschichtlichen Entwicklung.
09	Totenstein	Königshain	Königshain Flur 2; Fl.-Nr. 23 (tw.) und 24 (tw.)	Gipfelburg aus Königshainer Granit in normalkörniger Varietät mit dünnplattigen Absonderungen und angrenzender Steinbruch	Erhaltung der für Granitlandschaften typischen Gipfelburg aus Königshainer Granit und den angrenzenden Steinbruch als Zeugnis der menschlichen Bergbautätigkeiten.

Ifd. Nr.	Bezeichnung des Naturdenkmals	Gemeinde	Gemarkung und Flur; Flurstücks-Nr.	Schutzgegenstand	Schutzzweck gemäß § 2 der Verordnung
10	Großer Plattenbruch am Löbauer Berg	Löbau	Löbau; Fl.-Nr. 1182/17 (tw.)	Auflässiger Steinbruch mit teilweise doleritischen Schlieren	Erhaltung des Aufschlusses als Zeugnis seltener pegmatitischer Entmischungen in Nephelinit und eines Lavasees in einem Maarvulkan.
11	Kieferberg Friedersdorf (Schanze)	Markersdorf	Friedersdorf Flur 3; Fl.-Nr. 70 (tw.) und 77/6 (tw.)	Bewaldeter Höhenrücken aus Schmelzwasserkiesen mit einer historischen Schanzenanlage	Erhaltung des Höhenrückens mit lockerem Sedimentkern aus Schmelzwasserkiesen der Elster-I-Eiszeit mit einer historischen Schanzenanlage.
12	Gipfelklippen des Spitzberges bei Deutsch-Paulsdorf	Markersdorf und Reichenbach/O.L.	Sohland; Fl.-Nr. 2621 (tw.) und 2622/1 (tw.) Deutsch-Paulsdorf Flur 1; Fl. Nr. 245 und 248/3 (tw.)	Erosionsrest eines tertiären Vulkans mit aufgelassenem Steinbruch und Basaltsäulen	Erhaltung des Spitzberges als Erosionsrest eines tertiären Vulkanes mit aufgelassenem Steinbruch und besonders schönen Basaltsäulen als Zeugnis der erdgeschichtlichen Entwicklung.
13	Zyklopfels	Markersdorf	Jauernick-Buschbach Flur 1; Fl.-Nr. 66/1 (tw.) und 67 (tw.)	Felsgebilde aus Lausitzer Biotit-Granodiorit mit Bearbeitungsspuren	Erhaltung eines markanten Felsgebildes aus Lausitzer Biotit-Granodiorit mit dünnplattiger Absonderung und Hangschuttbildungen sowie menschlichen Bearbeitungsspuren als geologische und kulturhistorische Zeugnisse.
14	Säulenwände im Stadtwaldbruch am Steinberg Ostritz	Ostritz	Ostritz Flur 3; Fl.-Nr. 75/1 (tw.), 76 (tw.), 77 (tw.) und 92 (tw.)	Basanitischer Lavastrom in einem Flusstal mit eingeschlossenen Baumstämmen	Erhaltung der Basaltsäulenstrukturen als Zeugnis eines Lavastromes mit darin eingeschlossenen, opalisierten Baumstämmen.
15	Steinbruch am Hofeberg bei Leuba	Ostritz	Leuba Fl.-Nr. 480/14 (tw.)	Auflässiger Steinbruch mit basanitischem Schlackenkegelrest und seltenen Mineral einschlüssen	Erhaltung der reliktsichen Vulkanstruktur als Zeugnis des känozoischen Vulkanismus.
16	Felsgebilde Elefantensteine	Oybin	Oybin; Fl.-Nr. 426/9 (tw.)	Sandsteinfelsgebilde mit Formen von Elefantenköpfen	Erhaltung der Sandsteinfelsen als Zeugnis einer typischen Sandsteinverwitterung.
17	Zwei aufgelassene Brüche am Kollmer Gemeindeberg	Quitzdorf am See	Sproitz Flur 5; Fl.-Nr. 8 (tw.), 9 (tw.), 10 (tw.) und 135 (tw.)	Zwei aufgelassene Kieselchiefer-Hornstein-Konglomerat-Brüche	Erhaltung der beiden aufgelassenen Kieselchiefer-Hornstein-Konglomerat-Brüche zu wissenschaftlichen Zwecken, insbesondere zur Klärung der paläogeographischen Situation im Dinant (Unterkarbon), und als Zeugnisse der erdgeschichtlichen Entwicklung.
18	Dittmannsdorfer Hochstein	Reichenbach/O.L.	Dittmannsdorf Flur 2; Fl.-Nr. 174 (tw.)	Gipfelklippen und aufgelassener Steinbruch aus Königshainer Granit	Erhaltung der Gipfelklippen und des aufgelassenen Steinbruchs aus Königshainer Granit als besonders anschauliche Exemplare dieser Gesteinsart.
19	Gipfelklippen Eichberg	Reichenbach/O.L.	Mengelsdorf Flur 5; Fl.-Nr. 13/1 (tw.) und 14 (tw.)	Granitfelsen mit dünnplattiger Absonderung aus Königshainer Granit in normaler körniger Varietät	Erhaltung der Granitfelsen mit dünnplattiger Absonderung aus Königshainer Granit.

Ifd. Nr.	Bezeichnung des Naturdenkmals	Gemeinde	Gemarkung und Flur; Flurstücks-Nr.	Schutzgegenstand	Schutzzweck gemäß § 2 der Verordnung
20	Granitfelsen Mengelsdorf	Reichenbach/ O.L.	Mengelsdorf Flur 5; Fl.-Nr. 6/1 (tw.)	Granitfelsen mit dünnplattigen Absonderungen und ausgeprägten Gang- und Querklüftungen	Erhaltung mehrerer Granitfelsen mit typischer dünnplattiger Absonderung und ausgeprägten Gang- und Querklüftungen als geologische Besonderheit und Zeugen der erdgeschichtlichen Entwicklung.
21	Granitschlucht im Friedensthal	Reichenbach/ O.L.	Meuselwitz Flur 9; Fl.-Nr. 24/1 (tw.)	Residualschutt-Blockhalde in einer naturnah bestockten und von einem Bachlauf durchzogenen Schlucht	Erhaltung der Residualschutt-Blockhalde mit ihrer naturnahen Bestockung als Zeugnis quartärer Abtragung.
22	Kiesgrube Krobnitz-Lehnhäuser (Granitblockvorkommen)	Reichenbach/ O.L.	Meuselwitz Flur 8; Fl.-Nr. 22/3 (tw.), 23/6 (tw.), 25/2 (tw.) und 82 (tw.)	Granitblöcke aus Arnsdorfer Granit pleistozänen Ursprungs	Erhaltung des Vorkommens von Granitblöcken aus Arnsdorfer Granit pleistozänen Ursprungs als Zeugen der erdgeschichtlichen Entwicklung.
23	Zigeunerhöhle bei Hilbersdorf	Reichenbach/ O.L.	Meuselwitz Flur 8; Fl.-Nr. 93 (tw.)	Granitfelsmassiv (Gipfelburg) mit typischer Klüftung und Hangschuttbildungen	Erhaltung des Granitfelsmassivs (Gipfelburg) mit für Granit typischer Klüftung und den Hangschuttbildungen als Zeugnisse periglazialer Abtragung.
24	Grauwackeaufschluss Kunnersdorf mit Siebenhufener Viebig	Schöpstal	Ebersbach Flur 3; Fl.-Nr. 9 (tw.); Kunnersdorf Flur 6, Fl.-Nr. 32, 33, 34, 35, 36 (tw.), 37 (tw.), 115, 116 und 129 (tw.)	Aufschluss kontaktmetamorpher Grauwacke mit tief eingeschnittenem Tal	Erhaltung des Aufschlusses aus kontaktmetamorpher Grauwacke mit steilstehender Bankung und dem durch Erosion des harten Gesteins entstandene Tal des Siebenhufener Viebigs.
25	Quarzfelsrippe Thiendorf	Waldhufen	Thiendorf Flur 1; Fl.-Nr. 150 (tw.)	Bis zu 30 m mächtiger Quarzgangzug mit einzelnen Quarzgängen	Erhaltung des bedeutsamen Quarzgangzuges mit einzelnen Quarzgängen als geologische Besonderheit.
26	Quarzgang bei Jänkendorf	Waldhufen	Jänkendorf Flur 4; Fl.-Nr. 457 (tw.) und 458 (tw.)	Quarzgang mit Manganvererzungen	Erhaltung eines Aufschlusses, in dem durch den Abbau eisentaltzeitlicher fluvialer Sande und Kiese ein brauneisenschüssiger, brekziöser Gangquarz mit Mangan-Vererzungen freigelegt wurde.

Anlage 4
zu § 7 Abs. 3 der Verordnung zur Erklärung von geologischen Naturdenkmälern im Landkreis Görlitz (VO geol ND) vom 10. Oktober 2019

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Naturdenkmals	Gemeinde	Gemarkung; Flur; Flurstücks-Nr.	Aufhebungsgrund	Änderung in Verordnungen und Beschlüssen
01	2 Basaltblöcke im Stadtpark	Görlitz	Görlitz; Flur 55; Fl.-Nr. 1888/6 (tw.)	Die Schutzwürdigkeit der Basaltblöcke ist aus geologischer Sicht nicht gegeben.	Aufhebung der lfd. Nr. 18 der Anlage zur Verordnung der Kreisfreien Stadt Görlitz vom 18. Dezember 1997
02	Grauwackeaufschluß Silberberg	Hohendubrau	Groß Radisch Flur 1; Fl.-Nr. 15	Das Naturdenkmal befindet sich innerhalb des Naturschutzgebiets „Hohe Dubrau“ und ist somit ausreichend geschützt.	Aufhebung der lfd. Nr. 10 des Beschlusses des Rates des Kreises Niesky Nr. 122/78 vom 9. November 1978
03	Groß Saubernitzer Berg	Hohendubrau	Gebelzig Flur 1; Fl.-Nr. 768 (tw.), 769, 770 (tw.), 780 (tw.), 781 (tw.) und 782 (tw.)	Die zu schützende Fläche ist größer als fünf Hektar. Nach § 28 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz dürfen allerdings nur Einzelobjekte oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar als Naturdenkmal unter Schutz gestellt werden.	Aufhebung der lfd. Nr. 1 des Beschlusses Nr. 199/86 des Rates des Kreises Niesky vom 2. Oktober 1986
04	Felsgebilde Große und kleine Orgel	Kurort Jonsdorf	Jonsdorf; Fl.-Nr. 673/19 (tw.)	Das Naturdenkmal befindet sich innerhalb des Naturschutzgebiets „Jonsdorfer Felsenstadt“ und ist somit ausreichend geschützt.	Aufhebung der lfd. Nr. 12 der Anlage 1 zur Verordnung des Landkreises Löbau-Zittau vom 27. Februar 2002
05	Humboldtfeisen	Kurort Jonsdorf	Jonsdorf; Fl.-Nr. 673/19 (tw.)	Das Naturdenkmal befindet sich innerhalb des Naturschutzgebiets „Jonsdorfer Felsenstadt“ und ist somit ausreichend geschützt.	Aufhebung der lfd. Nr. 19 der Anlage 1 zur Verordnung des Landkreises Löbau-Zittau vom 27. Februar 2002
06	Paulsdorfer Klunzen	Markersdorf	Deutsch-Paulsdorf; Flur 2; Fl.-Nr. 149/1 (tw.)	Das Felsgebilde aus Lausitzer Granodiorit ist ein nach § 30 Abs. 2 Nr. 5 Bundesnaturschutzgesetz gesetzlich geschütztes Biotop. Dieser Biotopschutz ist für eine Erhaltung des Felsgebildes ausreichend.	Aufhebung der lfd. Nr. 17 der 257. Nachtragsverordnung der Preussischen Regierung zu Liegnitz vom 9. April 1938
07	Schwarzer Bruch bei See	Niesky	Niesky; Flur 11; Fl.-Nr. 25/5	Die Schutzwürdigkeit des Bruches ist aus geologischer Sicht nicht gegeben.	Aufhebung der lfd. Nr. 8 des Beschlusses Nr. 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978
08	Säulenwand am Stadtwaldbruch	Ostritz	Ostritz Flur 3; Fl.-Nr. 76 (tw.) und 92 (tw.)	Der Bereich dieser Säulenwand wurde in den Gesamtbereich der Säulenwände im Stadtwaldbruch durch Verordnung vom 10. Oktober 2019 einbezogen.	Aufhebung der lfd. Nr. 23 der Anlage 1 zur Verordnung des Landkreises Löbau-Zittau zur Festsetzung von geologischen Naturdenkmälen vom 27. Februar 2002
09	Nordostwand im Steinbruch Pansberg	Quitzdorf am See	Petershain Flur 9; Fl.-Nr. 43 (tw.) und 44 (tw.)	Die schützenswerten Kieselstiefervorkommen und Braunkohlenanschnitte sind weitestgehend mit Stoffen überdeckt, weshalb die Schutzwürdigkeit nicht gegeben ist. Der genehmigte Abschlussbetriebsplan wird derzeit umgesetzt.	Aufhebung der lfd. Nr. 12 des Beschlusses Nr. 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Naturdenkmals	Gemeinde	Gemarkung; Flur; Flurstücks-Nr.	Aufhebungsgrund	Änderung in Verordnungen und Beschlüssen
10	Quarzit im Steinbruch Horscha	Quitzdorf am See	Petershain; Flur 12; Fl.-Nr. 144/1 (tw.), 144/2 (tw.), 145/2 (tw.) und 148/2 (tw.)	Die schützenswerten Quarzitvorkommen sind mit Wasser überdeckt, weshalb die Schutzwürdigkeit nicht gegeben ist.	Aufhebung der lfd. Nr. 12 des Beschlusses Nr. 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978
11	Südlicher Basaltbruch bei Spröitz	Quitzdorf am See	Spröitz Flur 1; Fl.-Nr. 42/2 (tw.)	Die schützenswerten Basaltsäulen sind nur schwer einsehbar und begehrbar. Der Steinbruch ist wassergefüllt. Eine Unterschutzstellung ist nicht erforderlich, weil eine Beeinträchtigung oder Zerstörung der Basaltsäulenvorkommen ausgeschlossen ist.	Aufhebung der lfd. Nr. 12 des Beschlusses Nr. 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978
12	Hagerkuppe des Ostgipfels auf dem Kollmer Gemeindeberg	Quitzdorf am See	Kollm Flur 1; Fl.-Nr. 58/2 (tw.) und 471	Die Schutzwürdigkeit der Hagerkuppe ist aus geologischer Sicht nicht gegeben.	Aufhebung der lfd. Nr. 5 des Beschlusses Nr. 122/78 des Rates des Kreises Niesky vom 9. November 1978
13	Opferstein Biesig	Reichenbach	Dittmannsdorf Flur 3; Fl.-Nr. 71/1 (tw.)	Die Schutzwürdigkeit des Granitblockes ist aus geologischer Sicht nicht gegeben.	Aufhebung der lfd. Nr. 2 der 257. Nachtragsverordnung der Preussischen Regierung zu Liegnitz vom 9. April 1938

**Bekanntmachung
des Präsidenten des Sächsischen Landtages
über die Anpassung des Zuschusses zur Einrichtung eines
Abgeordnetenbüros nach § 6 Absatz 7 des Abgeordnetengesetzes**

Vom 23. Oktober 2019

Der einmalige Zuschuss für die Einrichtung eines Abgeordnetenbüros beträgt in der 7. Wahlperiode 5 451,94 Euro.

Dresden, den 23. Oktober 2019

Der Landtagspräsident
Dr. Matthias Rößler

Abs.: SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, ZKZ 73796

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3, 01069 Dresden
Telefon: 0351 485 26-0
Telefax: 0351 485 26-61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH, Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

19. November 2019

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag (siehe obige Kontaktdaten). Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 70,64 EUR (gedruckte Ausgabe zzgl. 18,89 EUR Postversand) bzw. 48,53 EUR (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 EUR und zzgl. 3,37 EUR bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.